

Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

> Zufrieden mit Leipzig?

Gallup-Hungary-Umfrage stößt auf Heiterkeit. Die Sommerloch-Schmierenkommödie um und Totalprivatisierung der Wohnungs- und Baugesellschaft aber ist nicht mehr zum Lachen. **Seite 4**

> China traditionell und modern

Touristische Beobachtungen und am Ende die Frage: Sollen wir vielleicht doch schon beginnen, chinesisch lernen? **Seiten 8/9**

> „Atombombe“ Westberlin

Die geheimnisvolle Villa in der Limastraße und andere Sabotage- und Spionagezentralen in der Stadt, die für Adenauer „Vorposten und Bollwerk“ in die Sowjetzone hinein war. **Seite 12**

17
2007

1,30
Euro

15. Jahrgang
24. August
www.
leipzigs-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

Vorsicht, in der BRD wird scharf geschossen!

Ein glatter, unmissverständlicher Schießbefehl – hier und heute mitten in Leipzig, an der Olbrichtkaserne, aber auch an jeder anderen Bundeswehreinrichtung zu finden.

Fotos: Märker



Siehe auch Seite 7

Schießbefehle und kein Ende. Dabei hätte gerade die alte BRD genügend Grund, ihre eigenen Gesetze und die daraus resultierenden Toten an ihrer Westgrenze aufzuarbeiten.

Bis September 1951 galt hier noch das „Gesetz über den Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals“ vom 2. Juli 1921. Dort sind im § 1 die Haupttatbestände für die Befugnis zum Waffengebrauch formuliert, u. a. zur Angriffsabwehr, Widerstandsüberwindung oder Fluchtvereitelung.

Die Dienstanweisung zu diesem Gesetz wurde am 3. September 1951 neu gefasst. Im Begleitterlass dazu heißt es, dass ... **keine Einschränkung des Waffengebrauchsrechts an sich geboten sei. Wenn der Waffengebrauchsberechtigte einmal erkannt hat, dass er nur mit Waffengewalt das rechtmäßig erstrebte Ziel erreichen kann, so hat er von der Waffe Gebrauch zu machen.**

Die BRD und ihre Schießbefehle

Die Befolgung dieser Weisung kostete vor allem im Raum Aachen einer Reihe von kleinen Kaffeeschmugglern das Leben.

Meldungen aus der Aachener Volkszeitung:

10. 7. 52 – wegen sechs Pfund Kaffee wurde ein 18-jähriger Schmuggler erschossen.

11. 10. 52 – Schmugglerjagd im verkehrsreichen Ortszentrum von Blankenheim. Die Zollbeamten machten rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch.

13. 10. 52 – Schmuggler mit 20 kg Kaffee, 2 kg Tee und 700 Zigaretten angeschossen.

24. 2. 64 – Schmuggler mit eineinhalb Pfund Kaffee,

100 Gramm Tee und 20 Eiern bei Flucht tödlich getroffen.

Die Mörder in Uniform – ohnehin geschützt durch das Gesetz – wehrten sich gegen empörte Bürgerreaktionen, bei den gezielten Schüssen gehe es um eine rechtspolitische Frage, und die sei an den Gesetzgeber, an das Parlament zu richten.

Das aber hat im März 1961 mit dem „Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes“, den Beamten für den „Schusswaffengebrauch im Grenzdienst“ weiterhin Vollmachten eingeräumt, die Polizeibeamte in einem demokratischen Staat nicht haben dürften.

• **HELMUT ÜLRICH**

Die hier angeführten Informationen wurden der Dokumentation von Karl Graff „Schüsse an einer anderen deutschen Grenze“, erschienen 1995 im Spotless-Verlag, entnommen.

Auf ein Wort bitte



Adi Reiher.
„Unsere Zeit“,
Wochen-
zeitung der DKP

Der Linken weht in diesem Lande der Wind traditionell fest ins Gesicht. Schüsse auf Frauen und Kinder befehlend, vaterlandslos, des Terrors jeder Art verdächtig; so schleicht das Gespenst der Linken seit Gründung der westdeutschen Republik durchs Land – wenn man den bürgerlichen Medien von FAZ bis BILD glauben darf. Für die KollegInnen dort ist das mehr als eine „Ehren“sache – es ist ihre Existenzbedingung. Würden sie den fortschrittlichen Kräften das Leben nicht schwer machen, würden ihre kapitalistischen Verleger ihnen den Geldhahn zudrehen.

Da wundert man sich dann schon, wenn die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ plötzlich schreibt: „Jeder dritte Deutsche denkt und fühlt links“ – das sei Ergebnis einer Umfrage, mit der das Meinungsforschungsinstitut Emnid beauftragt worden war. In der FAZ sekundierte das Allensbacher Institut für Demoskopie: „52 Prozent der Bevöl-

kerung rechnen mit einem wachsenden Rückhalt für Die Linke.“ Binnen weniger Monate sei es der Linken gelungen, der SPD ihre Rolle als Anwalt der kleinen Leute streitig zu machen.

Damit klar war, dass das weder als Lob noch als Hoffnung verstanden werden darf, wurde es in diversen Kommentaren mal als gefährlich, mal als Eintagsfliege verortet. Den Vogel schoss dabei ausgerechnet unsere Ex-Genossin Tissy Bruns ab, die Oskar Lafontaine im Berliner Tagespiegel den deutschen Haider nannte. Das ist absurd, verwechselt rechts und links bzw. setzt es gleich. Aber es zeigt vor

Die Meinung der Bevölkerungsmehrheit und die neoliberale Mehrheit im Bundestag standen immer diametral gegeneinander.

Aber ganz so einfach ist die Sache nicht. Das wird sofort deutlich, wenn wir uns – mit Verlaub und in aller Bescheidenheit – vor Augen halten, dass die Meinungen und Interessen der Bevölkerung noch viel stärker mit dem Programm der DKP (einfach mal lesen!) übereinstimmen als mit der manchmal allzu „vielfältigen“ und widersprüchlichen Politik der Linken.

Die DKP aber – wie jedermann weiß – ist zur Zeit weniger mehrheitsfähig in diesem Land. Und genannt habe ich sie auch nicht aus Größenwahn oder Selbstüberschätzung, denn die genannte Übereinstimmung findet sich auch bei großen Teilen der

Gewerkschaftsforderungen, den Zielen von Attac und anderen Basisbewegungen. Genannt habe ich sie, weil hier der Widerspruch zwischen der richtigen Politikbestimmung und dem Hauptinstrument der bürgerlichen Ideologie – dem Antikommunismus – am deutlichsten wird.

Anders gesagt: zwischen Recht haben und Recht bekommen, ist es ein himmelweiter Unterschied. Dass wir aber Recht haben – was uns Mut machen sollte –, daran kommt noch nicht einmal die bürgerliche Statistik (s.o.) vorbei. Wenn sie mal einen halbwegs ehrlichen Tag erwischt hat.

Halbwegs ehrlicher Tag

allein, dass die bürgerlichen Kräfte die Sorge umtreibt, ihre neoliberale Mehrheit aus CDUSPDDIEGRÜNENFDP im Bundestag könnte in echte Gefahr geraten.

Das wäre ab sofort der Fall, wenn die Bevölkerung einfach ihre Meinungen und Interessen vorurteilslos mit den Forderungen der Linken abgleich. Dann würde sie feststellen, dass hier die Übereinstimmung signifikant größer ist, als mit allen anderen Parteien im Bundestag. Denn ob bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr, bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV), bei der Rente mit 67, den diversen Gesundheitsreformen“

Nazis hetzten Inder

In Mügeln sind die Braunen los, die Bürger schauten weg

verletzt habe – bornierter, unver-schämter geht es kaum.

Außerdem, wer waren die denn, die unter Duldung und sogar Applaus der Bürger des 5000-Einwohnerortes „Ausländer raus“ und „Hier regiert der nationale Widerstand“ grölten? Bloß harmlose Besoffene, wie stets abgewiegt wird?

Zu dumm nur, dass, siehe oben, Bürgermeister Gotthard Deuse (FDP) im Gespräch mit der Süddeutschen zugegeben hatte, bei den Vorbereitungen zum Stadtfest von Beteiligten aus dem Umfeld des Jugendvereins gehört zu haben, dass Rechtsradikale „irgendwie“ versuchen könnten, die Veranstaltung zu stören. Die Hinweise, die er erhalten habe, seien allerdings

nicht sehr konkret gewesen. Trotzdem habe er sie an die zuständige Dienststelle weitergeleitet. Dem Sender n-tv allerdings sagte er, er habe von der Gewalt nichts mitbekommen, weil er um Mitternacht nach Hause gegangen sei, das ganze aber erst gegen 0.40 Uhr begann. Am Morgen danach sei er von der Nachricht überrascht gewesen. Von einer Anündigung der Tat im Internet wisse er nichts. Demenz oder was?

Interessant auch dies: Zur Journalisten-Frage, warum es mehr als 20 Stunden gedauert habe, bis die Informationen über die Hetzjagd in Mügeln an die Öffentlichkeit gelangten, sagte der Polizei-Verantwortliche „Die Kollegen haben das eigentlich

nicht richtig eingeschätzt.“ Ihnen sei nicht klar gewesen, auf welches Medieninteresse der Vorfall stoße.

Wie ahnungslos darf man eigentlich noch sein, wenn man Uniform trägt? Anne Frank muss man nicht kennen, nazistische Sprüche muss man nicht ernst nehmen, Jagd auf Ausländer, von denen einige – mit teilweise schlimmen klaffenden Wunden – ins Krankenhaus kommen

Kerstin Köditz, Linksfraktion im Sächsischen Landtag, widerspricht außerdem: „Die Aussage des Bürgermeisters, es gebe in seinem Ort keine rechtsextreme Szene, kann ich nur als blauäugig bezeichnen. Ich verweise nur auf einschlägige Nazi-Konzerte, die in Mügeln stattgefunden haben, und auf einen dort ansässigen rechtslastigen Musikversand.“

• M. W.

Leipzig hat niedrigste Haushaltseinkommen

LN. Seit Ende der neunziger Jahre sinken die durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen. Jetzt hat das Statistische Landesamt mit den jüngsten Erhebungen nicht nur die praktischen Erfahrungen der Bürger, sondern auch die Befürchtungen der Linkspartei bestätigt. Zudem hat Leipzig, gemessen am sächsischen Durchschnitt, eine besonders hohe Zahl an Alg-II-Empfängern, weshalb es auch den niedrigsten Wert bei den durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen ausweist..

Dr. Ilse Lauter, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Leipziger Stadtrat, dazu: „Seit Beginn des Jahres 2005 wirkt ein zusätzlicher Sog in diese Richtung. Der Trend ist eindeutig. Der Grund ist unverkennbar, er liegt in der Einführung von Hartz IV.“

Landesbank-Desaster

LN. In einer ersten Reaktion auf die Bereitstellung von rund 17 Milliarden Euro an die Sächsische Landesbank zur Sicherung deren Liquidität für den nahezu völlig ausgefallenen US-Markt zeigt sich Dr. Matthias Röbber, Finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, sehr erleichtert „mit der Solidarität der öffentlich-rechtlichen Banken“.

Wie nicht anders zu erwarten, übte der CDU-Mann äußere scharfe Kritik an Aussagen des Abgeordneten Karl Nolle (SPD). „Ein sächsischer Politiker sollte unsere Sächsische Landesbank in dieser schwierigen Situation auf den internationalen Finanzmärkten nicht noch in unverantwortlicher Weise schlecht reden.“

Dabei hatte Nolle nichts anders als auch die Linken gefordert, nämlich Aufklärung darüber, wie es möglich sein kann, dass die stets hochgelobte Landesbank der Pleite nur durch einen Kreditrahmen entgegen kann, der mehr als das Zehnfache ihres Eigenkapitals beträgt und sogar das Volumen eines Jahresetats des Freistaats Sachsen übersteigt.

Was die Süddeutsche Zeitung über die Hatz einer 50-köpfigen Bande auf acht Inder während des Mügeln-Altstadtfestes weiß, müssen weder die Polizeidirektion Westsachsen noch deren Polizeisprecherin zugeben, nämlich: „Das Polizeirevier war vorbereitet“ titelt die Süddeutsche und schreibt dann: „Die Übergriffe von Jugendlichen in Sachsen waren möglicherweise seit langem geplant. Der Bürgermeister von Mügeln hat die Polizei nach eigenen Angaben schon im Juli vor Aktionen von Rechten beim Stadtfest gewarnt. Die Polizei bestreitet das allerdings.“

Denn deren Sprecherin besteht darauf: Es habe sich „kein Anhaltspunkt für ein generell fremdenfeindliches Motiv“ ergeben. Und auf den Innenseiten der LVZ wird palavert, wer wohl wen provoziert habe, wer wen zuerst

Lokführer-Tarifverhandlungen nun im Geheimen

Im Zeichen des Burgfriedens?

den – und so kam es denn auch in Berlin und Hamburg bei der S-Bahn. Gewohnte Renditesicherheiten waren dahin. Mehdom und Suckale – beide geübt im Machtgehebe – hatten wieder ein Eigentor geschossen. Nun wurde gerichtlich verglichen. Die Streiks wurden ausgesetzt, der Konzern lässt alle Anklagen gegen die GDL fallen. Biedenkopf und Geißler sollen in der Kernfrage „einheitlicher Tarifvertrag für das Fahrpersonal“ vermitteln. Hinter verschlossenen Türen – versteht sich.

Derweil ist man auch an der Spitze der Leitungspyramide der TRANSNET nicht untätig. Immerhin fällt das Saldo von Übertritten zur und Übernahmen von der GDL deutlich zuungunsten der größten Bahngewerkschaft aus. Und schließlich ist man selbst Motor des Börsenganges. So fühlte sich Norbert Hansen also veranlasst, GDL-Chef Manfred Schell an den gemeinsamen Verhandlungstisch zurückzurufen. Er war auch durch öffentlichen Druck gezwungen, sein Vorhaben des Streikbrechertums von Mitgliedern der TRANSNET zu widerrufen – was Mehdom in eine nun wirklich ausweglose Lage brachte. Gegenüber den eigenen Mitgliedern des von ihm repräsentierten Verbandes sorgt Hansen dafür, dass im TRANSNET-Magazin „inform“ die von Tiefensee vertretene Entscheidung zur Privatisierung der Bahn zwar nicht unproblematisch, aber doch märchenhaft schön dargestellt wird. Während die GDL in ih-

rem Mitgliedermagazin „Voraus“ den Gesetzentwurf vom 24. Juli, der einen Börsengang noch im Jahr 2008 ermöglichen soll, „strikt ablehnt“. Hansen kämpft aber an allen Fronten. Seinen Genossen in der SPD teilt er brieflich mit, dass sie das Gerede von der „Volksaktie“ gefälligst fallen lassen sollen. Nicht, weil die Volksaktie überhaupt Schwindel ist, sondern, weil dies die Renditesicherheit der künftigen Großaktionäre stören könnte.

Die Kollegen der GDL – und nicht nur sie – sind jedenfalls darauf eingestellt, den Kampf wieder aufzunehmen. Der Bahnkonzern dürfte recht emüchert gewesen sein, als die Rücklaufquote des von Hansen ausgelösten Schreibens zur persönlichen Zustimmung eines jeden Eisenbahners zum Tarifvertrag der TRANSNET/GDBA sich zumindest im Fahrpersonal bislang als sehr gering erwiesen hat. Dazu vermerkte eine Kollegin aus Sachsen: „Wir sind nicht käuflich!“

• S. T.

Deutschland – einig Hartz-Land?

Wenn die Würde auf der Strecke bleibt ... ein Anwaltstermin

Wie hoch die Aktenstapel sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber in ihnen ist kein Ruhmesblatt für jene 15 Leute zu finden, die vor einigen Jahren in einer Kommission (siehe „Kleines Hartz-Lexikon“) den größten Sozialraub in der Geschichte der Bundesrepublik in Wort und Geld verursachten.

Seit fünf Jahren erleben wir also kein enig Hartz-Land. Es begann mit Unterschieden im finanziellen Regelsatz zwischen Ost und West. Es setzte sich fort mit all den kleinen und großen Würdelosigkeiten, die den „Empfängern“ (so heißen die Betroffenen schönerfärberisch) zugemutet werden.

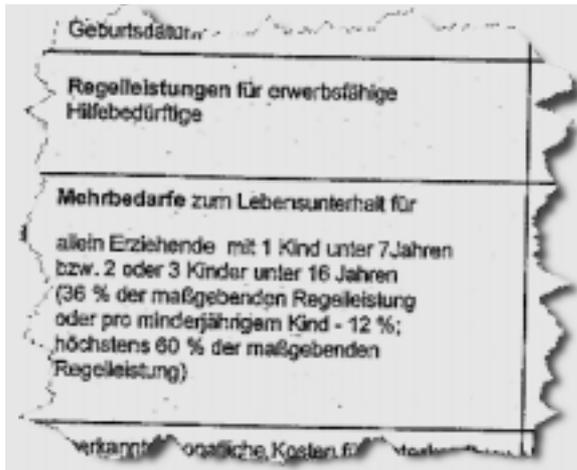
Eine neue Flutwelle überschwemmt in diesen Wochen die Regionen. 50 Prozent mehr Klagen allein am Leipziger Sozialgericht. Das sind jedoch nicht die Folgen von „Kinderkrankheiten des Gesetzes“, wie immer wieder orakelt wird, nein, das sind die Folgen eines Systems, in dem erst der Profit kommt, dann lange nichts ...

und dann erst der Mensch. Die Aufmüpfigkeit, die Verzweiflung, die Klagen der Betroffenen nehmen zu. 2006 gingen am Leipziger Sozialgericht 2200 Hartz-IV-Klagen aus dem Regierungsbezirk ein. Das war eine Verdopplung zum Vorjahr und dieser Trend hält an.

Leipzigs Neue verabredete in der Leipziger Anwaltskanzlei „Lauter & Lauter“ einen Termin, deren Mitarbeiter und Anwälte sich unter anderem auf Sozialrechtsfälle spezialisiert haben.

LN: Warum klagen Hartz-IV-Betroffene?

Erika Lauter: Weil die Betroffenen oftmals spüren, dass mit dem Papier, das nun ihr Leben bestimmt, etwas nicht stimmen kann. Der Rechtsunkundige kann ja kaum mit Paragraphen kontern, aber er spürt eine Ungerechtigkeit, die ihn plötzlich ganz persönlich betrifft und ruiniert. Es gibt zwar noch immer Menschen, die Ver-



Selbst wer in der Prozentrechnung perfekt ist, wird Probleme bekommen. Und wer kann schon das schöne Wort „Mehrbedarfe“ korrekt erläutern?

trauen in den so genannten Obri- cheitsstaat haben, nach dem Motto „es wird schon richtig sein“, aber deren Zahl nimmt spürbar ab.

Und dann klopfen Leute, die wahrlich arm dran sind, an ihre Kanzleitur, ohne den Anwalt ihres Vertrauens bezahlen zu können ...

Meist sitzt uns dann die Verzweiflung pur gegenüber. Da sind zum einen weltfremde Begriffe wie beispielsweise „Mehrbedarfe“ (siehe Faksimile), die in den Berechnungsbögen auftauchen und die der Betroffene nicht versteht. Nicht selten stellen wir dann nach eingehender Prüfung fest, das wieder einmal ein Bescheid falsch berechnet ist oder die Lebensumstände von der ARGE nicht korrekt bewertet wurden.

Die meisten Einstufungen sind tatsächlich juristisch anfechtbar. Im Übrigen: Die Verfahren sind für Bedürftige gerichtskostenfrei. Die Betroffenen müssen sich nur um die entsprechenden Formulare und Bescheinigungen kümmern.

Mit der Widerspruchsstelle

der ARGE ins Gespräch zu kommen, so heißt, sei wie ein Lottogewinn?

Das scheint so gewollt zu sein, dieses Abwimmeln durch Call-Center. Auch wir als geübte Protestierer und Kläger haben da schon so manches kleine und große Problem gehabt.

Andererseits, Tausende Widersprüche müssen derzeit bearbeitet werden. Die Mitarbeiterzahl der Widerspruchsstelle wurde schon wieder aufgestockt.

Man braucht Geduld für einen entsprechenden Termin. Aber haben sie mal Geduld, wenn das Geld knapp wird. In Extremfällen geht auch schon mal jemand aus unserer Kanzlei mit vor Ort. Der gibt nicht nur Rechtsbeistand, sondern gleichzeitig auch unserem Klienten verbale Hilfe in den nicht immer leichten Auseinandersetzungen.

Und dann sitzt Ihnen wieder ein anderer neuer ARGE-Mitarbeiter gegenüber ...

Dieses Rotationsprinzip ist für Außenstehende wahrlich nicht einfach zu handhaben. Andererseits trägt es aber auch manchmal dazu bei, dass sich in besonders hartnäckigen Fällen keine persönlichen Feindschaften vor und hinter dem Schreibtisch herausbilden können. Trotzdem die Materie ist – menschlich betrachtet – sehr schwierig.

Und dann kann es außerdem passieren, dass die Richter ähnliche Fälle unterschiedlich beurteilen, also in Halle und Dresden anders als in Leipzig?

Eben kein enig Hartz-Land. Die Wirkung ist verheerend. Für Betroffene besteht Rechtsunsicherheit und die wirkt sich existenziell aus. Trotzdem: Widerspruch gegen Bescheide, die man nicht versteht, ist nötig und in den meisten Fällen ist er juristisch auch korrekt.

• Das Gespräch führte
MICHAEL ZOCK

Kleines HARTZ-LEXIKON

A wie Außendienst

Um den angeblich massenhaften Missbrauch aufzudecken, bauen die Leistungsträger der Grundsicherung einen Außendienst auf, der die Wohn- und Lebensverhältnisse der Hilfebeziehenden überprüft. Ein erheblicher Eingriff in die Privatsphäre.

B wie Berechnungsgrundlage

Sie basiert auf der so genannten Einkommens- und Verbraucherstichprobe des Statistischen Bundesamtes. Die letzte EVS wurde im Jahr 2003 erhoben.

B wie Beweislast

Menschen, die beispielsweise länger als ein Jahr zusammenleben oder ein gemeinsames Kind haben, müssen nachweisen, dass sie nicht in einer eheähnlichen Gemeinschaft leben. Völlig unklar bleibt, wie der Gegenbeweis erbracht werden soll.

D wie Datenschutz

Zur Missbrauchbekämpfung können automatische Datenabgleiche mit dem Fahrzeugregister, dem Melderegister, dem Ausländerregister und den Wohngeldbehörden vorgenommen werden. Telefonabfragen sollen ermöglicht werden.

E wie Einmalzahlung

Einmalig gezahlt wird für die Erstausrüstung einer Wohnung, sowie benötigte Kleidung. Mit etwas Glück auch für Klassenfahrten der Sprösslinge.

H wie Herr Hartz

Seit August 2002 steht der Familienname des VW-Managers und Kanzler-Beraters für den größten Sozialraub in der Geschichte der Bundesrepublik. Inzwischen hat der umtriebige Manager wegen gewisser Vorkommnisse und Verstrickungen seine hochdotierten Jobs verloren.

K wie Kommission

15 Leute saßen einst in der Hartz-Kommission: Sachverständige, Gewerkschafter, Unternehmensberater, Arbeitgeber, Kommunalpolitiker – und als einziger Ostdeutscher Leipzigs ehemaliger OBM Wolfgang Tiefensee ... jedoch keine Arbeitslosen.

N wie Nachbesserung

Hartz IV wurde bereits zwei Mal nachgebessert. Seit April 2006 müssen beispielsweise Jobcenter zustimmen, wenn Arbeitslose unter 26 Jahren aus der elterlichen Wohnung ausziehen möchten. 50 Änderungen sollen Leistungsmissbrauch verhindern.

R wie Reformstufen

Hartz I wird am 1. Januar 2003 eingeführt. Dazu gehören Bildungsgutscheine, Zeitarbeit mit Personal-Service-Agenturen, Meldepflicht bei Kündigung, schärfere Zumutbarkeitsregelungen für ledige Arbeitslose.

Hartz II tritt gleichzeitig in Kraft – mit dem als ICH AG bekannt gewordenen (inzwischen von einer Neuordnung ersetzten) Existenzgründerzuschuss, mit weiteren Mini- und Midi-Jobs auf 400 Euro Basis, sowie der Einrichtung von Jobcentern für Langzeitarbeitslose.

Hartz III ermöglicht ab Januar 2004 den Umbau der bisherigen Bundesanstalt für Arbeit zur Bundesagentur. Die Arbeitsverwaltung soll auf diese Art modernisiert werden, um die Vermittlung von Arbeitslosen zu beschleunigen.

Hartz IV ermöglicht ab Januar 2005 die Zusammenlegung von Arbeitslosen- mit Sozialhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II. Die vom früheren Einkommen abgeleitete Arbeitslosenhilfe wird gestrichen. Gezahlt wird nach einer Bedürftigkeitsprüfung.

R wie Regelsatz

Darunter wird eine pauschalierte Leistung verstanden, die bedeutet, es gibt keine Extra-Zahlungen für neue Haushaltgeräte. Die Summe des Regelsatzes wurde inzwischen auf 347 Euro in Ost und West erhöht.

S wie Sofortangebote

Wer erstmalig eine Leistung beantragt, soll sofort ein Eingliederungsangebot erhalten, um die Arbeitsbereitschaft zu überprüfen. Damit werden Erwerbslose unter den Generalverdacht gestellt, arbeitsunwillig zu sein.

Letzte Rache an Arbeitslosen

Aus Kontakten zu Betroffenen wie zur ARGE weiß ich: Hartz IV erzeugt Angst, Wut, Ausgrenzung – aber auch Hilflosigkeit und Resignation. Betroffene sprechen von „Verrat“, „Unzumutbarkeit“, „Schweineerei“, „Menschenverachtung“. Das Projekt besitzt noch immer keine eindeutige Rechtmäßigkeit. Gerichte fällen unterschiedliche Urteile. Betroffene geraten unter die Armutsgrenze, müssen die Wohnung oder gar die Stadt verlassen und sich staatlichen Schnüffelmaßnahmen bis in die Schlafzimmertüren unterziehen. Und besonders kritikwürdig, sie können die Bescheide nicht verstehen, weil die Zuwendungshöhe nicht begründet wird.

Die Väter der Reform von 2002, Schröder, Clement, Hartz, sind abgetaucht. Die jetzt Verantwortlichen Merkel, Glos, Tiefensee ebenfalls und versuchen so, ihrer Verantwortlichkeit für ein dringend gebotenes „Reparaturprogramm“ zu entkommen.

Was tun? Entweder die politische Elite zieht doch noch die Reißleine und bringt das Skandalding endlich dahin wo es gehört, in den Müllimer. Oder, so mein Vorschlag, drei Jahre ab mit ihnen in Hartz IV, denn sie haben aus ihren Fehlern nichts gelernt. Demokraten sehen anders aus.

• J. SPITZNER

Sie sind mit dem Leben in dieser Stadt zufrieden?" wollte das ungarische Meinungsforschungsinstitut Gallup Hungary Ltd. zum Beginn seiner von der EU bestellten Befragung von jeweils 500 Personen in 75 europäischen Großstädten – darunter Leipzig und sechs andere deutsche Städte – wissen. Die Bürger hatten die Wahl mit *stimme eher nicht zu – stimme überhaupt nicht zu – stimme eher zu – oder – stimme sehr zu* zu antworten.

Das Ergebnis war überraschend. Leipzig landete nach Groningen (Niederlande) und Krakow (Polen) auf dem dritten Platz. Auf Deutschland bezogen bedeutet das den ersten Rang, denn die übrigen sechs deutschen Städte Berlin, Dortmund, Essen, Hamburg, München und Frankfurt/Oder wurden „abgehängt“, wie dpa meldete.

Der Jubel in Leipzig war deutlich, doch gleichzeitig betont bescheiden. Bürgermeister Andreas Müller freute sich über das gute Abschneiden.

Doch Gallup hat es sich mit der Auswertung scheinbar etwas einfach gemacht. Die jeweils zwei Möglichkeiten der Nichtzustimmung bzw. der Zustim-

mung wurden addiert und das erstere Ergebnis dann vom zweiten subtrahiert. Hätte man eine genauere Berechnung vorgezogen, nämlich die Noten von 1 bis 4 zugrunde gelegt und dann den Mittelwert bestimmt, hätten Leipzig und Burgas (Bulgarien) z. B. das gleiche Ergebnis von ungefähr 1,4* erzielt.

Burgas liegt aber bei Gallup auf Platz 20. Allerdings wäre auch das noch ein gutes Ergebnis für Leipzig.

Die Umfrage von Gallup, insgesamt wurden 23 Fragen gestellt, offenbart auch einige interessante Erkenntnisse.

Zum Beispiel äußerten zirka 80 Prozent der befragten Leipziger die Ansicht, dass es nicht leicht ist, in Leipzig eine Arbeit zu finden und ungefähr 60 Prozent

fanden, das die Stadt nicht verantwortungsvoll mit ihren Mitteln umgeht.

Das letztere unterschlug Bürgermeister Müller bei seinem Kommentar für die Presse. Ein hervorragendes Urteil gibt es zur

haben seit Jahren Hochkonjunktur. Man kann sie zur Begründung politischer Entscheidungen in Auftrag geben oder seine Chancen damit ausrechnen. Für die

„Leipzig ist die beste deutsche Stadt Europas“, stellte eine Zeitung fest und ein Leser erinnert an einen Talkmaster, der von sich behauptete, in Deutschland wäre er weltberühmt. Auch die Bemerkung, die OBM Tiefensee und Jung könnten nichts dafür, dass Leipzig so gut abgeschnitten habe, fand ihre zustimmenden Lacher.

Den Vogel schoss ein Teilnehmer an einem Chat über die Umfrage ab. Er betonte, die Leipziger sind deshalb glücklicher, weil sie sich leichter zufriedenstellen lassen.

Was ist eigentlich geschehen? Eine Umfrage, die nichts Halbes und nichts Ganzes war, hat ermittelt, dass viele Leipziger mit ihrer Stadt zufrieden sind. Doch dafür, dass sich alle Bürger hier wohlfühlen und von einer lebenswerteren Stadt sprechen, muss wohl noch viel verändert werden. Die Liste ist lang: Privatisierungswahn, Geldverschwendung, Sachsenpumpf u.v.a.m.

• MANFRED BOLS

* Angaben abgeleitet aus den Grafiken von Gallup Hungary

Munition für Lokalpatrioten

Eine EU-Städte-Umfrage von Gallup Hungary zur Lebensqualität stößt auf Jubel, aber auch auf Verwunderung und Heiterkeit

Wohnungssituation.

Knapp 80 Prozent meinen, es wäre leicht, in Leipzig eine gute Wohnung zu einem vernünftigen Preis zu finden. Das hat sicher etwas mit der geringen Kaufkraft aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit zu tun. Die LWB wird sich natürlich über die Vorlage für die Werbung um Zuzüge aus den westlichen Bundesländern freuen.

Umfragen sind ein wichtiges Instrument der Politik und

Medien sind sie inzwischen unersetzlich geworden. Auf Grund des Massencharakters hat ihre Bedeutung, aber auch die Wirkung nachgelassen. Viele Umfragen lassen in den Formulierungen der Fragen bereits die politische Absicht des Auftraggebers und das erhoffte Ergebnis durchschimmern, ihre Aussagen werden je nach Lage angezweifelt. Die Frage, ob man den Ergebnissen von Umfragen noch trauen kann, ist deshalb berechtigt. Auch ironische Kommentare bleiben meistens nicht aus.

Das Mediensommerloch nutzend, entfachte Sven Morlock, FDP-Stadtrat und Landtagsabgeordneter erneut die Debatte zur Totalprivatisierung der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB). Leipzigs Neue befragte dazu Stadtrat SIEGFRIED SCHLEGEL, der als städtischer Vertreter des LWB-Aufsichtsrates ist, nach dem Standpunkt der Linksfraktion im Stadtrat:

Sven Morlocks Argumentation ist nicht von inhaltlicher Substanz, sondern ausschließlich von einem ideologisch geprägten Privatisierungsfetischismus getragen. Was hat das mit „freiheitlichem Liberalismus“ zu tun, wenn jede passende und unpassende Information genutzt wird, um einen Ausverkauf der Stadt, durch Verschleuderung des Eigentums der Leipziger Bürgerinnen und Bürger zu propagieren – selbst wenn dies unverzichtbare kommunale Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge betrifft? Die statistische Untersuchung, die er jetzt bemühte und derzufolge die meisten Hartz-IV-Betroffenen ohnehin private Vermieter hätten, macht wegen der geringen Fallzahlen allenfalls Trends deutlich. Vor allem aber kommt diese Untersuchung zu dem Schluss, dass sich die tatsächliche Nettokaltmiete und die Betriebskosten von ALG-II-Haushalten an der oberen Grenze befinden und vielfach überschreiten. Zahlreiche Betroffenenhaushalte kompensieren dies, in dem sie sich kleinere Wohnungen suchen, um die vorgegebene Wohnkostensumme einzuhalten. Außerdem haben nicht nur ALG-II-Empfänger Probleme, die steigenden Wohn- und vor allem auch die Betriebskosten aus eigenem Einkommen zu tragen.

Angestachelt fühlte sich Morlock gewiss auch vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Alexander Achminow, der ohnehin einen Totalverkauf der LWB den geplanten Teilverkäufen vorzieht. Was aber nicht von allen Mitgliedern der CDU-Fraktion getragen wird. Rückendeckung erhielt Morlock

Zu den Debatten um die eine Totalprivatisierung der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB)

Wohnung ist Sozialgut

... und nicht geeignet für eine Sommerloch-Schmierkomödie

inzwischen von Regierungspräsident Christian Steinbach, der parallel ganz zufällig allen Ernstes fordert, der Stadtrat solle wegen der prekären Haushaltlage den vollständigen Verkauf der LWB beschließen. Dr. Ilse Lauter, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE, wies dies bereits scharf als nicht hinnehmbare Einmischung in die kommunale Selbstverwaltung zurück.

Oberbürgermeister Jung, diesmal zwar besonnener als beim geplanten Stadtwerverkauf, zog noch vor der Sommerpause die Beschlussvorlage „Wohnungssituation, wohnungs-, sozial-, und stadtentwicklungspolitische Zielvorgaben für die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB)“ zurück. Das ist bedauerlich, denn damit wird der Diskussionsprozess im Stadtrat um die Zukunft des kommunalen Unternehmens unterbrochen. Die Beschlussvorlage sah vor, eine Wohnungsbedarfsanalyse und Ziele für die LWB zu erarbeiten, die auch aus Sicht der LINKEN für die Definierung eines festen Kernbestands in Größenordnung und Struktur unbedingt notwendig ist – was nicht zuletzt die Debatte um die Zukunft der LWB hinsichtlich Privatisierung und Teilprivatisierung beenden und der LWB ein höheres Maß an Planungssicherheit geben könnte. Hinzu käme die Konkretisierung der LWB-Aufgaben was Kostendämpfung bei Wohnraum für ALG II-Empfänger, Wohnraum für besondere Bedarfsgruppen (Kinderreiche, Wohnungslose, Menschen mit Behinderungen), generell mieterorientiertes Wohnen und Verhinderung sozialräumlicher Trennung betrifft. Ein Verkauf von 4000 bis 9000 Wohnungen aus dem Kernbestand, auch aus besonders ertragreichen Beständen, verbietet sich, da mit ihm die sozialen Ziele

umgesetzt werden müssen und die wirtschaftliche Stabilität der LWB gesichert wird. Stattdessen aber könnten Wohnungen verkauft werden, die ein hohes Leerstands- bzw. Investitionsrisiko aufweisen und für deren Sanierung nur private Eigentümer Förderungen erhalten, zum Beispiel Denkmalabschreibung.

Meine Stadtratskollegin Stefanie Götze und ich fordern daher eine detaillierte Wohnungsbedarfsanalyse. Erst die kann aussagen, wie viele Wohnungen in welchen Preissegmenten flächendeckend in den Leipziger Stadtteilen künftig benötigt werden und wo Maßnahmen der Stadt bzw. LWB gefordert sind. Betriebswirtschaftliche Priorität hat der Abbau der langfristigen Verbindlichkeiten, damit im Jahre 2012 das Bürgerschaftsvolumen um 300 Mio. Euro abgesenkt werden und ab dann Gewinne erwirtschaftet werden können. Schluss mit den aus dem hohlen Bauch vorgetragenen Privatisierungsdebatten, um nicht Tatsachen zu schaffen, mit denen kommunalpolitische Ziele den Bach heruntergehen. Dass Herr Morlock dies nicht begreifen will, zeigt seine Attacke auf die LWB, die den Wohnungsmarkt beeinflussen, was eine Marktbeherrschung sei, die mit der sächsischen Gemeindeordnung unvereinbar wäre. Bei einem jetzigen Marktanteil von ca. 13% und zukünftig ca. 10% und bei einem Kernbestand von ca. 38000 Wohnungen müsste Herr Morlock die vermeintliche Marktbeherrschung schon näher erläutern.

Die Fraktion unterstützt deshalb – wie auch der Stadtverband der LINKEN – das initierende Bürgerbegehren, dass den Verkauf der LWB mit LVB, KWL und Stadwerken, sowie Stadtreinigung, LWB und Klinikum St. Georg untersagt.



... sehr freie Fahrt

Ja, ein bisschen allzu sehr freie Fahrt nimmt sich dieser junge Mann schon, der mir häufig früh so kurz vor 9 Uhr auf der Kreuzung Kurt-Eisner-/August-Bebel-Straße begegnet. Wobei, sein Freiheitsbegriff ist mörderisch – und mit Einsichten in gewisse Notwendigkeiten hat er nun ganz und gar nichts mehr zu tun (aber woher soll er eine solche Definition auch kennen?). So fährt er mit seinem Fahrrad ohne auch nur eine Sekunde zu bremsen bei Rot über die unübersichtliche Kreuzung mit ihren breiten Mittelstreifen als wäre er allein auf der Straße. Das ist er ohnehin nicht, denn an einer kurzen Deichsel hängt stets einer dieser kinderwagenähnlichen Anhänger – mit Kind.

Mit Herzrasen möchte ich ihm jedesmal hinterher fahren. Aber ich hab ja Rot. Und habe ich endlich freie Fahrt, ist er meinen Blicken verschwunden. Irgendwann aber schnappe ich ihn mir noch. Was dann? Ohrfeigen? Appellieren? Nun las ich, dass vor ein paar Tagen ein Fahrradfahrer zu Tode kam, als er bei Rot über eine Kreuzung fuhr. Ach, würde sich die Polizei nur die ihr zustehende Freiheit nehmen und die der Fahrradfahrer deutlich begrenzen. Auch zum Schutz der Autofahrer. Denn wer möchte schon den Preis dieser Freiheit zahlen und so einen Idioten (oder sein Kind) auf der Kühlerhaube haben?

Euer Lipsius



Anfang und Ende

– so der Titel der diesjährigen Gedenkstättenfahrt des Leipziger Bundes der Antifaschisten e.V. am 9. und 10. Juni 2007. Sie führte uns an die Stelle, wo der industriemäßige Völkermord in einen organisatorischen Rahmen gebracht wurde: die Villa am Wannsee, die dem Ereignis ihren Namen gab – die Wannseekonferenz –, und zu einer der Stätten des Grauens, das KZ Ravensbrück.

Am 20. Januar 1942 verhandelten am Wannsee fünfzehn Spitzenbeamte der Ministerialbürokratie und der SS unter dem Vorsitz des SS-Obergruppenführers Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes, und in Ravensbrück fand das Grauen ein Ende am 30. April 1945 durch die Befreiung durch die Rote Armee.

Blumen haben wir am Mahnmal für die vielen Opfer in Ravensbrück an der Stelle niedergelegt, bei der sich in Sichtweite des kleinen Ackerbürgerstädtchens Fürstenberg vor mehr als 60 Jahren durch den Rauch des Krematoriums der Himmel verdunkelte.



Leipziger Antifaschisten während ihrer diesjährigen Gedenkstättenfahrt.
Fotos unten: Ravensbrück.

Fotos: Christine Bohse, Ursula Kleinhenz

Ravensbrück vermittelt einen differenzierten Blick auf das Vorgehen zum Massenmord. Dabei werden die Opfer gewürdigt, aber auch die Täter als Personen fassbar. Die Ausstellung „Im Gefolge der SS-Aufseherinnen im Frauen-KZ Ravensbrück“ beschäftigt sich mit der Stellung der SS-Aufseherinnen innerhalb der Konzentrationslager-SS, ihre Rekrutierung und Ausbildung, ihre Dienstbereiche, Karrieren und Verbrechen und auch ihren individuellen Handlungsspielraum.

Auf dem Weg zum Haus der Wannseekonferenz haben wir Halt gemacht am ehemaligen Standort der Synagoge in der Levetzowstraße, einem der Sammelpunkte zum Abtransport der Juden. Das Mahnmal der Deportation Berliner Juden aus dem Jahre 1988 versinnbildlicht

zugleich deutsche Pedanterie und das damit ausgelöste menschliche Leid: Bis in die Höhe der ehemaligen Synagoge ragt ein eisernes Verzeichnis in den Himmel, auf dem taggenau die von den Berliner Deportationsbahnhöfen abgegangenen Züge in die Vernichtungslager des Ostens mit den Opferzahlen aufgeführt sind. Hinter einer Schwelle mit Reliefs aller 36 Berliner Vereins- und Gemeindegynagogen quält sich über eine stilisierte Rampe eine Gruppe in Eisen geschnürter Menschen in einen bereitstehenden Waggon. Man erkennt nur noch an den Umrissen, dass es sich um Menschen handelt, das gemeinsame Leid und die „Verwandlung“ in eine Nummer macht sie gesichtslos. Der Weg führt sie zu einem Waggon, der schon mit einer Menge ebenso erbärmlicher Gestalten



Das unabhängige Antidiskriminierungsbüro Leipzig (ADB) zieht ein Jahr nach dem Erlass des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zwiespältige Bilanz. Grundsätzlich begrüßen die MitarbeiterInnen, dass es endlich auch in Deutschland ein Antidiskriminierungsgesetz gibt. Es setzt ein wichtiges Signal zur Etablierung einer Antidiskriminierungskultur.

Das erste Jahr AGG hat aber auch gezeigt, dass es kompetenter und niedrigschwelliger Anlaufstellen bedarf, die das Vertrauen der Betroffenen genießen, diese über ihre Rechte informieren und sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützen. Das ADB Leipzig ist eine der wenigen Anlaufstellen in Deutschland und die einzige in Sachsen, die – nicht erst seit Inkrafttreten des Gesetzes –

Ein Jahr Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

Noch zu viele Barrieren

Antidiskriminierungsbüro Leipzig zieht Bilanz

Beratung und Weiterbildungen zum Thema Antidiskriminierung anbietet.

„Am häufigsten gemeldet wurden Fälle rassistischer Diskriminierung und von Menschen mit Behinderung, doch auch wegen Benachteiligungen aufgrund des Lebensalters, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung wenden sich Menschen an uns“, so Doris Liebscher, Juristin im ADB Leipzig. Dennoch kam es in den letzten zwölf Monaten zu keiner Klageflut. „Das liegt nicht daran, dass es keine Diskriminierung gibt!“, sagt Liebscher.

Die Erfahrungen aus der Praxis machen deutlich, dass es auf Seiten der Betroffenen viele Barrieren gegen eine sofortige Meldung erlittener Diskriminierung gibt. Gründe sind einerseits Scham, Angst, die Angst vor Arbeitsplatzverlust oder mangelnde Informationen über Möglichkeiten, gegen Diskriminierung vorzugehen. Andererseits verhindern die kurzen Fristen des AGG (innerhalb von zwei Monaten müssen Ansprüche schriftlich geltend gemacht werden), finanzielle Hürden und vor allem die schwierige

gefüllt ist.

Um die Welt gegangen sind die Bilder von den Gleisen, die in den Tod führen. Vielen hat sich das Bild des einfahrenden Zuges in dem Film „Das Leben ist schön“ eingeprägt. Wo hat aber die Fahrt begonnen?

In unmittelbarer Nähe der Synagoge Levetzowstraße ist der Güterbahnhof Moabit. Dorthin wurden Tausende Todgeweihte zu Fuß oder auf Lastwagen gebracht, am helllichten Tag, unter aller Augen, über große Straßenkreuzungen und enge Wohngebiete, und nach minutiösen Fahrplänen der Deutschen Reichsbahn in die Todeslager im Osten transportiert. Damit der Transport auch effektiv abgewickelt werden konnte, hatte die Deutsche Reichsbahn Ende der dreißiger Jahre bereits einen zusätzlichen Bahnsteig bauen lassen. Die Kosten für die Transporte stellte die Reichsbahn den Auftraggebern, dem Reichssicherheitshauptamt und der Sicherheitspolizei in Rechnung. Grundlage der Berechnung war der Tarif der Personenbeförderung in der 3. Klasse, der 1942 vier Pfennig pro Kilometer betrug. Kinder unter zehn Jahren kosteten die Hälfte, Kinder unter vier Jahren wurden umsonst. Ab 400 Personen wurden Preisnachlässe für die Todes-Sonderzüge gewährt. Der schlimmste Hohn aber: Die Fahrtkosten hatten die Deportierten selbst zu entrichten. Auf der großen Brücke, die seit den 70-er Jahren das Gelände des Bahnhofs Moabit überspannt, symbolisiert ein Mahnmal von Volkmar Haase aus dem Jahr 1987 den Weg in keine Zukunft: eine im Nirgendwo verschwindende Treppe. Sachlich zwar am Anfang, in unserer Fahrt aber am Ende: Der Besuch der Ausstellung im Haus der Wannseekonferenz. Die Umgebung am Wannsee ist Symbol für Beschaulichkeit, Vergnügen, Erholung, Wohlstand. Doch gerade hier waren Bürokraten des Mordes am 20. Januar 1942 damit befasst, die Endlösung der Judenfrage zu organisieren – mit deutscher Gründlichkeit! Jean Améry, Überlebender von Auschwitz, der sich 1978 das Leben nahm, schrieb bereits 1966 über den Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte: „Alles wird untergehen in einem summarischen ‚Jahrhundert der Barbarei‘. Als die wirklich Unbelehrbaren, Unversöhnlichen, als die geschichtsfeindlichen Reaktionen im genauen Wortverständnis werden wir dastehen, die Opfer, und als Betriebspanne wird schließlich erscheinen, dass immerhin manche von uns überlebten.“

• GUSTAV PEINEL

Beweislage (oft gibt es keine Zeugen und keine schriftlichen Beweise) erfolgreiche Klageverfahren. Das Gesetz sei an einigen, vor allem für Betroffene entscheidenden Stellen, nicht angemessen ausgestaltet und bleibe selbst hinter den Anforderungen der EU-Richtlinien zurück. So gibt es in Sachsen und vielen anderen Bundesländern noch keine Antidiskriminierungsvorschriften für den Bereich Schule und Hochschule. Die MitarbeiterInnen des Antidiskriminierungsbüros Leipzig sind unter der Telefonnummer 0341/3039492 (Di - Fr 10-12 und 14-16 Uhr) zu erreichen.

• LARISSA GAENKO,
PR-Referentin
Antidiskriminierungsbüro Leipzig

Eine Frage: Haben Sie die letzte „Bäbe“ gelesen? Erinnern Sie sich an den ersten Satz? „Wo bleibt eigentlich die Kleine Hufeisennase?“, hatte ich im Interesse der Gegner der Dresdner Waldschlösschenbrücke gefragt. Und Plopp: Zwei Tage später war die Mini-Fledermaus da und stoppte in letzter Minute den umstrittenen Brückenbau übers Welterbe-Elbtal. Zehn Zeilen später zitierte ich den empörten Wolfgang Thierse. Und Plopp: Kurz darauf reiste dieser nach Elbflorenz und hielt im Tal der Hufeisennasen eine flammende Rede gegen die Brücke, für einen Tunnel und in Richtung Betonkopf Milbradt ...

Nach der süßen, kopfüberhängenden Flugmaus und dem fransigen Bundestagsvize hatte ich dann auf den internetten Coup des sächsischen Umweltministers hingewiesen, bei dem über eine ministeriumseigene Home-page darauf hinge-



Dresdner Bäbe

Hauptstadtbetrachtungen
von G. Hupf

wirkt werden soll, dass sich der gemeine Sachse seiner unterentwickelten Haltung zum Weltklima bewusst wird und endlich was dagegen tut. Das wiederum konnte Grünschnabel Antje Hermenau so nicht stehen lassen und plauderte prompt aus, dass ausgerechnet das Umweltministerium die Liste der Flugreisen der Staatsregierung anführt! 300 Mal gingen Tillich und Co. im Vorjahr in die Luft, was ein knappes Drittel der gesamten Regierungsflüge ausmacht. Schämt Euch!, rief darob die

oberste Landtagsgrüne aus, die übrigens immer gern betont, dass sie selbst nicht mal ein Auto hat. Blöd nur, wenn kurz darauf vorm Landtag Reifen quietschen, ein Taxi stoppt und ausgerechnet Frau Hermenau aussteigt ...

Und was sagt uns das alles? Erstens: Ich kann hellsehen. Zweitens: Mit der Bücke übers Elbtal geht nun quasi alles von vorne los, denn nach dem Punktsieg für die Naturschützer ist der Welterbetitel noch da, läuft die Bindefrist für den zur

Brücke zwingenden Bürgerentscheid im Februar 2008 aus, hat das Regierungspräsidium gegen Baustopp Beschwerde eingelegt, verklagen die ersten Baufirmen die Stadt auf Schadenersatz, avanciert die Kleine Hufeisennase zur Königin der Herzen, findet ausgerechnet der Dresdner FDP-Politiker Mücke (!) den flauschigen Winzling pott-hässlich und fordert der CDU-Landtagsabgeordnete Krauß das Erzgebirge auf, sich erst gar nicht um den UNESCO-Welterbetitel zu bemühen. Dabei läuft die Bewerbung der „Montanregion Erzgebirge“ auf Hochtouren und weder Wachtelkönig, Auerhahn oder die Kleine Hufeisennase haben in der Bergbauregion bislang für große Aufregung gesorgt ...

Um etwas weniger Aufregung ist auch der Umwelt-

minister bemüht und bewegt sich nach seiner Flugnummer erst mal auf weit unverfänglicherem Gelände. Beim Dresdner Stadtfest eröffnete er soeben gut gelaunt den 1. Dresdener Käsemarkt, schließlich wird in Sachsen jahrein jahraus jede Menge Käse produziert: rund 141 000 Tonnen pro Jahr! Darunter auch Gouda, Edamer und Harzer Käse. Apropos Harz, im Harzkeis hat jetzt der Feldhamster einen Brückenbau verhindert. Aber das ist eine andere Geschichte ...

Apropos Geschichten: Die eben eröffnete Ausstellung im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags trägt den Titel: „Ruhe vor dem Sturm“. Ich will ja nicht unken, aber der Untersuchungsausschuss zum „Sachsensumpf“ ist das erste Gremium, das nach der Sommerpause hier wieder zusammenkommt. Und das erste, was die CDU dort machen wird, ist, den Ausschussvorsitzenden Bartl von den LINKEN als Zeugen vorzuladen. Wetten dass?

Weil nicht nur die Natur und das Klima bedroht sind, sondern auch Menschen schützenswert sind, deshalb bekommt Grimma jetzt eine Mauer. Nicht am 13. August, aber wegen des 13. Augusts vor fünf Jahren, als das Muldenstädtchen in reißenden Fluten, der Jahrhundertflut, wie es hieß, versank. Und weil in 100 Jahren wieder so eine Welle kommen könnte – falls die klima- und umweltzerstörte Natur noch so viel Geduld aufbringt –, gibt der Freistaat für die Hochwasserschutzanlage von Grimma 23,5 Millionen Euro aus. Jedenfalls fiel diese Zahl am 10. August beim ersten Spatenstich. Bis 2011, so heißt es, wird eine 2,8 Kilometer lange Mauer, ein Flutschutzwall stehen. Bürger protestierten während des Festakts gegen die damit verbundene Verunstaltung der alten Stadtmauer. Stahl und Beton seien als Hochwasserschutz in Grimma nicht notwendig. Immerhin wurde an diesem Tag auch eingestanden, dass solche Flutwälle nicht die letzte Lösung sind und dass man angesichts der Wetterextreme über manches neu nachdenken muss.

Sei es wie es sei: Nach der Flut ist vor der Flut. Und angesichts dieser drohenden Tatsache sind die Grimmaer schon sehr

Es nahte der 13. August

... und Grimma bekommt endlich seine Mauer, aber Sachsen kaum Hochwasserschutz

weit. Anderswo in Sachsen sieht es schlimmer aus. Anlässlich der Hochwasserschutzkonferenz des sächsischen Umweltministeriums dieser Tage stellten die Bündnisgrünen mit einer Protestaktion vor dem Sächsischen Landtag zentrale Kritikpunkte am Hochwasserschutzkonzept der Landesregierung vor. Sie forderten konsequentes politisches Handeln, um den Klimawandel zu stoppen und damit der zunehmenden Hochwassergefahr zu begegnen. Ihre wichtigsten Kritikpunkte: Schadensbeseitigung ist kein Hochwasserschutz! Und: Retentionsräume (Rückhalteflächen) müssen besser geschützt werden! Aber was heißt Schutz, die Grünen erfuhrten, dass beispielsweise dem Dresdner Stadtrat noch nicht einmal bekannt ist, ob es außerhalb der Stadt geeignete Flächen gibt, die als Überschwemmungsflächen genutzt werden könnten.

Gewiss war es im Interesse der Flutbetroffenen, dass mit 5,8 Milliarden Euro die Schäden der Hochwasserkatastrophe heu-

te, fünf Jahre danach, fast vollkommen beseitigt sind und gleichzeitig marode Straßen und Infrastruktur saniert wurden. Auch der Schutz wertvoller Bausubstanz zum Beispiel in der Dresdner Altstadt ist im Bürgerinteresse. Wer erinnert sich nicht an die Schreckensbilder von den Wassermassen im Grünen Gewölbe oder in der Dresdner Oper. Dennoch muss Hochwasserschutz am Fluss beginnen. Elbe und Mulde brauchen Platz, um überraschende Wassermassen unverzüglich weiterleiten zu können und vor allem, um der zerstörerischen Hochwasserwelle durch Rückhalt ihre Kraft zu nehmen.

Was die Grünen nun der Landesregierung vorwerfen, ist, dass die Maßnahmen zum Schutz vor Hochwasser größtenteils noch nicht über die Planungsphase hinaus sind. Trotz der langen Vorbereitung sei das Hochwasserschutzkonzept Elbe unausgegoren. Angemahnt wird, dass oberhalb bzw. in Dresden bis-

her kein zusätzlicher Retentionsraum geschaffen wurde. Schlimmer, der Alt-Elbearm beispielsweise wird, statt der Hochwasserentlastung für die Innenstadt zu dienen, weiter bebaut. Aber wenn's halt die Wirtschaft so will. Oder der eine oder andere zahlungskräftige private Bauherr, der egoistisch ein Stück Wiese am Elbufer besiedeln will.

Was den sächsischen Teil der Elbe betrifft, so sollen bis 2010 zwar vier Deiche vergrößert werden, insgesamt aber wird es ein Minus von 1450 Hektar Schutzfläche geben – was sich im Ernstfall vor allem auf sachsen-anhaltische Elbregionen auswirkt. Dass bei all dem dann auch die Abstimmung mit Tschechien nicht klappt, ist ein weiteres Problem, denn von dort kommt schließlich die Elbe. Weder gibt es Erfahrungsaustausche über Aufforstungen, noch über Talsperrenbewirtschaftung oder Deichflächen. Jeder Zentimeter Wasser, der aus Tschechien zu viel kommt, kann in Bad Schandau, in Pirna oder Dresden eine Katastrophe auslösen. Andererseits, was tun die Sachsen als „Oberlieger“ für Sachsen-Anhalt? Wie sollten sie da reinen Gewissens Forderungen an die Tschechen stellen?

• MAXI WARTELSTEINER

9. August

Dresden. Das Landeskriminalamt deckt 45 Betrugsfälle beim Auskauf im Internet auf, Käufer wurden um über 135 000 Euro geprellt.

Kamenz. Für 2006 meldet das statistische Landesamt 453 Zwillingengeburtens, das sind 2,7 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Fünfmal kamen Drillings zur Welt. 2005 waren es sechs Drillingsgeburtens.

10. August

Grimma. Zum vierten mal erinnert die Stadt mit dem Festival „Grimmaer Liederflut“ an die Katastrophe vor nunmehr fünf Jahren. Der bisherige Schirmherr Ulrich Mühe wird postum zum Ehrenbürger seiner Heimatstadt ernannt.

11. August

Leipzig. Mit einem Messerstich in den Rücken verletzt ein 13-Jähriger, der sich an einem Auto zu schaffen machte, einen Polizisten.

SACHSEN-CHRONIK

(9. bis 21. August)

13. August

Dresden. Der Bau der Waldschlösschenbrücke kann nicht wie geplant beginnen. Das Verwaltungsgericht sieht die Belange der vom Aussterben bedrohten Kleinen Hufeisennase bei der Brückenplanung nicht genügend berücksichtigt.

Leipzig. An der Strecke des entstehenden City-Tunnels sackt auf mehreren Quadratmetern der Boden weg.

14. August

Leipzig. „Vorerst“ keine Konsequenzen für die noch 130 Takraf-Beschäftigten soll der Verkauf an den italienischen Stahl- und maschinenbaukonzern Techint haben, so

Takraf-Geschäftsführer Lieberwirth. Die Leipziger Chefs des einstigen DDR-Traditionsbetriebes seien in die Verkaufsgespräche involviert und eine „feindliche Übernahme“ sei nicht zu erkennen gewesen.

15. August

Dresden. Bei der Krebsvorsorge erweisen sich Sachsens Männer als Ignoranten. Die Techniker Krankenkasse teilt mit, 2006 seien nur 29 Prozent der über 45-Jährigen bei der Vorsorge gewesen, die ihnen jährlich zustehe.

17. August

Leipzig. Der IT-Dienstleister PS-Ware erzielt im 1. Quartal 2007 mit über 163

Millionen Euro Erlös einen Umsatzrekord. Gegenüber den Vorjahrsquartal ist das ein Plus von 5,9 Prozent.

18. August

Leipzig. Die Elektro-Installations-Firma des Leipziger Handwerkskammerpräsidenten Dirschka meldet Insolvenz an. Massive Außenstände und die schlechte Zusammenarbeit mit dem erst vor einem Jahr ins Boot genommenen schwäbischen Partner seien die Ursache.

Oberhof. Das Spaßbad Rennsteigtherme ist wegen gestiegener Energiepreise pleite.

20. August

Bautzen. Noch unbekannte Täter hinterlassen auf einem verwüsteten, ein Hektar großem Genmaisfeld Schilder mit der Aufschrift „Genmais nein!“.

21. August

Dresden. Die Zahl der in Sachsen registrierten Ausländer hat sich um 600 auf 84 683 verringert.

Am 10. und 11. August 2007 berichteten einzelne Medien über einen angeblich sensationellen Fund der BIRTHLERBEHÖRDE. In der Außenstelle Magdeburg sei in einer IM-Akte der uneingeschränkte Schießbefehl für die Grenztruppen der DDR gegen Flüchtlinge entdeckt worden. Er enthalte u.a. auch die Weisung, auf Frauen und Kinder zu schießen. Marianne BIRTHLER, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BSU), die seit Monaten mit berechtigten Diskussionen um die Auflösung ihrer Behörde konfrontiert ist, trat selbstbewusst und wortgewandt im ZDF auf und verkündete, die Aufarbeitung der DDR sei noch lange nicht beendet. Doch sie und ihre Mitarbeiter hatten übersehen, dass es sich bei diesem angeblichen Schießbefehl um ein seit langem bekanntes Dokument handelt.

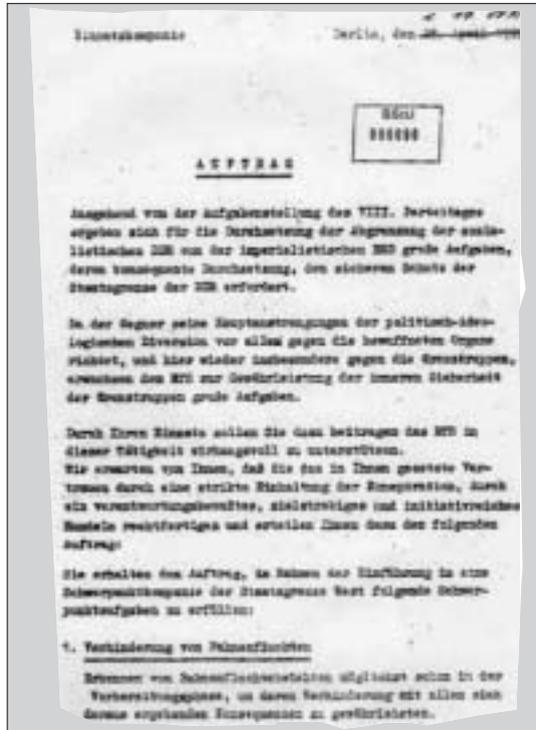
Die Welt fand nämlich schon einen Tag später heraus, dass dieses Schriftstück schon 1993 der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungskriminalität und 1996 dem Landgericht Berlin vorlag. 1997 wurde es teilweise veröffentlicht und zwar in dem Buch „DDR. Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse“, Herausgeber Matthias Judt, Reihe „Forschungen zur DDR-Gesellschaft“, Christoph Links Verlag. Darüberhinaus wurde publik, dass das Magdeburger Dokument bereits im Juni 2007 entdeckt worden war, die BSU aber mit der Veröffentlichung des Dokumentes bis 13. August gewartet hatte, um die „Sensation“ öffentlichkeitswirksam zum 46. Jahrestag des Mauerbaus zu verkünden und damit die Bedeutung der BIRTHLERBEHÖRDE zu unterstreichen. Nach kurzzeitiger Irritation betonte Frau BIRTHLER scheinbar unbeeindruckt, dass das nichts an Inhalt und Bedeutung dieses „brutalen“ Dokumentes ändere, weil belegt werde, dass der von den damals Verantwortlichen immer gelegentlich Schießbefehl wirklich existiert.

Die gesamte bürgerliche Presse und die Vertreter der großen politischen Parteien schwenkten nun auf diese Linie ein, „sprangen an“, wie es der Spiegel nannte. Dabei konnte man insbesondere bei den Vertretern der CDU und SPD die Tendenz feststellen, dass mit der nun wieder in Gang gekommenen Verurteilung des „mensenverachtenden Systems der DDR“ sogleich die Linke als Fortsetzer der „perfiden SED-Politik“ in Verantwortung genommen wurde. Auch die CDU-Vorsitzende Leipzigs, Christine Clauß, sah in dem Schießbefehl „wieder einmal die ganze hässliche Fratze dieses Verbrecherregimes“ und verteilte umgehend einen Seitenhieb auf den Vorsitzenden der Leipziger Linken Volker KÜLOW.

In einer aktuellen Debatte des sächsischen Landtages um den angeblichen Schießbefehl an der

Umstrittener „Sensationsfund“ der BIRTHLERBEHÖRDE

Eine pünktlich zum 13. August inszenierte „Schießbefehl“-Diskussion soll vor allem die Partei Die Linke treffen



Die erste von sieben Seiten. Ein offizielles Dokument?

§ 27 des Grenzgesetzes der DDR

Anwendung von Schusswaffen

(1) Die Anwendung der Schusswaffe ist die äußerste Maßnahme der Gewaltanwendung gegenüber Personen. Die Schusswaffe darf nur in solchen Fällen angewendet werden, wenn die körperliche Einwirkung ohne oder mit Hilfsmitteln erfolglos blieb oder offensichtlich keinen Erfolg verspricht. Die Anwendung von Schusswaffen gegen Personen ist erst dann zulässig, wenn durch Waffenwirkung gegen Sachen oder Tiere der Zweck nicht erreicht wird.

(2) Die Anwendung der Schusswaffe ist gerechtfertigt, um die unmittelbar bevorstehende Ausführung oder die Fortsetzung einer Straftat zu verhindern, die sich den Umständen nach als ein Verbrechen darstellt. Sie ist auch gerechtfertigt zur Ergreifung von Personen, die eines Verbrechens dringend verdächtig sind.

(3) Die Anwendung der Schusswaffe ist grundsätzlich durch Zuruf oder Abgabe eines Warnschusses anzukündigen, sofern nicht eine unmittelbar bevorstehende Gefahr nur durch die gezielte Anwendung der Schusswaffe verhindert oder beseitigt werden kann.

(4) Die Schusswaffe ist nicht anzuwenden, wenn
a) das Leben oder die Gesundheit Unbeteiligter gefährdet werden können,
b) die Personen dem äußeren Eindruck nach im Kindesalter sind oder
c) das Hoheitsgebiet eines benachbarten Staates beschossen würde.

Gegen Jugendliche und weibliche Personen sind nach Möglichkeit Schusswaffen nicht anzuwenden.

(5) Bei der Anwendung der Schusswaffe ist das Leben von Personen nach Möglichkeit zu schonen. Verletzten ist unter Beachtung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen Erste Hilfe zu erweisen.

früheren Westgrenze provoziert der CDU-Landtagsabgeordnete Frank Kupfer den Abgeordneten der Linken und Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses zu den kriminellen Netzwerken in Sachsen, Klaus Bartl, indem er ihn scheinheilig fragte, was dieser

über diesen Befehl gewusst habe. Der Linksparteipolitiker, der Leiter der Abteilung „Staat und Recht“ bei der SED-Bezirksleitung in Karl-Marx-Stadt war, müsse „sich nachdrücklich fragen lassen, was er in seiner damaligen Funktion, sozusagen als Vorge-

setzer der Stasileute, über den Schießbefehl gewusst hat und welche Verantwortung er persönlich trägt“. – Deutlicher geht es nicht: Die DDR wird geprügel, aber gemeint ist die Linke.

Auffallend bei allen Veröffentlichungen über den Fund war allerdings, dass das Dokument selbst nicht veröffentlicht wurde, sondern nur Auszüge daraus und zwar vor allem Passagen, welche die Anwendung der Schusswaffe an der Staatsgrenze West der DDR betrafen. Zum Charakter des Schriftstückes, den Verfassern und Adressaten wurden keine oder nur vage bzw. ausweichende Angaben gemacht.

Wie es im Kampf auf dem Zeitungsmarkt aber üblich ist, begannen doch einzelne Presseorgane vorzupreschen und das siebenseitige Dokument im Internet im vollen Wortlaut zu veröffentlichen.

Nun wurde sichtbar, dass es sich weder um einen Schießbefehl, noch um eine „Schießanweisung“, wie selbst das ND zu wissen glaubte, handelte, sondern um einen Auftrag für inoffizielle Mitarbeiter, die Fahnenfluchten von Angehörigen der Grenztruppen West verhindern sollten und in entsprechende „Schwerpunkt-Kompanien eingeführt“, also eingeschleust wurden. (Fahnenflucht war eine Militärstraftat nach § 254 des StGB der DDR. Sie wird auch heute als Militärstraftat gemäß § 16 des Wehrstrafgesetzes der BRD mit bis zu 5 Jahren Freiheitsentzug bestraft.) Unterschrieben war das Dokument mit der Formel „Zur Kenntnis genommen“. Als Verfasser des mit „Auftrag“ überschriebenen Schreibens ohne offiziellen Kopf firmierte eine „Einsatzkompanie“, der Ort der Ausstellung war Berlin. Diese Einsatzkompanie war eine Diensteinheit der für die Militärabwehr zuständigen Hauptabteilung I (NVA und Grenztruppen) des MfS, die den Einsatz der ausgewählten Mitarbeiter als Einzelkämpfer leitete und lenkte.

Wolfgang Schmidt, Sprecher des MfS-Insiderkomitees zur kritischen Aneignung der Geschichte des MfS schreibt dazu: In Auswertung von entsprechenden Vormissionen wurden die betreffenden IM instruiert, hinterhältige Methoden von Fahnenflüchtigen vorausschauend zu beachten und „bei Notwendigkeit die Waffe konsequent anzuwenden“, um Grenzdurchbrüche von „Verrätern“ auch dann zu verhindern, wenn diese mit Frauen und Kindern erfolgen.

Nach Anwendung der Schuss-

waffe sollten Tote und Verletzte der Einsichtnahme des Gegners entzogen und erste Hilfe geleistet werden. Die Bergung erfolgte für die Grenzsoldaten der DDR immer unter eigener Lebensgefahr, da sie des öfteren von der West-Seite aus beschossen und einzelne von ihnen auf diese Weise auch getötet wurden.

Die Breite, mit der in dem o.g. Auftrag zahlreiche weitere Aufgaben für den/die IM erläutert werden, bestätigen seinen Charakter als eine allgemeine Instruktion. Sie enthält keinerlei Aufforderung, „ohne Vorwarnung“ und schon gar nicht auf Frauen und Kinder zu schießen. Der Einsatz der Schusswaffe wird auch in dieser Anweisung nur als letztes Mittel angesehen.

Ein „Schießbefehl“ ist der Befehl an Schützen, einen oder mehrere Schüsse abzugeben. Die Vokabel wird seit jeher als Kampfbegriff westlicher Politiker und Ideologen gegen die Grenztruppen der DDR im Sinne einer uneingeschränkten, bedingungslosen Feuererlaubnis gegen Flüchtlinge verwendet und ist auch heute noch, wie die aktuelle Diskussion beweist, eine wichtige propagandistische Waffe. Der zentrale Einpeitscher für Hasstiraden gegen die DDR, Hubertus Knabe, bezeichnete ihn demgemäß auch als „Lizenz zu töten“, einem bekannten Begriff aus der James-Bond-Szenarie.

Für die Anwendung der Schusswaffe an der Staatsgrenze galt aber das Grenzgesetz der DDR, das den speziellen Paragraphen 27 zu ihrer Anwendung enthielt (siehe Kasten) und international übliche Vorgehensweisen beinhaltet. In der Praxis hat es bedauerlicherweise an der Staatsgrenze West auch umstrittene Fälle der Schusswaffenanwendung gegeben, die u.a. zusammenhängen mit der außerordentlich scharfen politischen Auseinandersetzung um die Grenze, Angriffen gegen Grenzposten und hoher psychischer Belastung der Soldaten im Grenzdienst, der außerordentlich kompliziert war.

Was nun die geforderte weitere Aufarbeitung betrifft, so sollte diese selbstverständlich erfolgen. In dieser Frage ist der Bundestagsabgeordnete der Linken, Petra Pau, zuzustimmen. Notwendig wäre allerdings eine objektive, wahrheitsgemäße, die damalige internationale und nationale Lage berücksichtigende Analyse, die auch die Rolle der ehemaligen BRD nicht verschweigt. Ob es dazu kommt, ist angesichts des wieder sichtbar gewordenen politischen Klimas und des Fortbestehens des Delegitimierungsauftrages sehr zweifelhaft.

Schon sind weitere „Schießbefehle“ gefunden worden. Im übrigen aber wurden ehemalige Grenzsoldaten und DDR-Politiker wegen der Toten an der Grenze auch ohne Schießbefehl abgeurteilt. • MANFRED BOLS



Funkelnde Wolkenkratzer in Shanghai und Wasserbüffel auf den Reisfeldern....

Von **ERHARD
HEXELSCHNEIDER**

China zwischen Tradition und Moderne

Flüchtige Beobachtungen eines Touristen

Da sind wir also nach fast 20 Jahren erneut als Touristen in China, neugierig auf jene Entwicklungen, die sich dort seitdem vollzogen haben. Damals (1988) blickten wir voller Staunen auf die Leistungen, die mit den beginnenden Reformen von Deng Xiaoping ausgangs der achtziger Jahre bereits im Ansatz sichtbar waren nach dem Chaos, in das das Land seit der Kulturrevolution Mao Zedongs gestürzt worden war. Es war für uns ein „wiedergewonnenes“, lange „abtrünniges“ Bruderland, das sich im äußeren Bild, in der Konsumgüterindustrie und der Unterhaltungselektronik und vielem anderen deutlich von den sozialistischen europäischen Ländern und vor allem von der Sowjetunion abhob, auch wenn uns bewusst war, dass China (und so ist es wohl geblieben) ein Land der Produktpiraterie ist. Sicher, unser Staunen erwuchs aus der verengten Sicht eines DDR-Bürgers, der zu wenig von der gesamten Welt kannte. Geblieben aber ist seitdem eine tiefe Sympathie für dieses wunderbare Land mit seinen einzigartigen Kulturschätzen und seinem Veränderungswillen, mit seinen freundlichen und arbeitswilligen Menschen.

Im Folgenden sollen nur ein paar Reise-notizen mitgeteilt werden, Beobachtungen eines Außenstehenden (die Unkenntnis der Sprache setzt unüberwindbare Barrieren und Hilfssprachen wie Englisch, ganz zu schweigen von Deutsch oder Russisch, helfen nicht viel weiter). Sie bleiben fragmentarisch, aber sie mögen vielleicht für den einen oder anderen Leser hilfreich und vor allem anregend sein für eine eigene Reise (so das Geld reicht).

Shanghai – der Sprung in die Hypermoderne

Es war eher Zufall, dass die Reiseroute in der Moderne begann, in Shanghai. Bis auf den Bund, die Prunkstraße aus der Konzessionszeit am Ufer des Huangpo-Flusses, war eigentlich nichts mehr wiederzuerkennen. Shanghai hat sich mit Beginn der chinesischen Öffnungspolitik als Sonderzone zu einer hypermodernen Metropole mit heute fast 18 Millionen Ein-

wohnern in der gesamten Region entwickelt; es ist das Wirtschafts- und Handelszentrum des neuen China und in stetem Wettbewerb mit Honkong. Endlich einmal trifft der inflationäre Begriff der Boomtown zu. Schon vom für unsere Verhältnisse riesigen Flughafen aus fährt man entlang des deutschen Transrapid, der auf einem eigenen Gleisbett die kurze Strecke von 43 km in nur 7 Minuten zu einem zivilen Preis bewältigt. Der Zuschlag für die lukrativere Strecke Beijing-Shanghai (immerhin 700 km) ging aber an den französischen CGV – mit ihm können vorhandene Bahnhöfe und das Gleisbett genutzt werden.

Das Geschehen in dieser Stadt wird in allem von der Vorbereitung auf die EXPO 2010 bestimmt. Dem ist die Stadtentwicklung bis 2020 untergeordnet – ein Museum mit visionären Vorstellungen vor allem ausländischer Architekten wurde eigens dazu errichtet. Im Osten der Stadt entstehen Wohnviertel, die zwar ebenfalls mit unzähligen Hochhäusern gestaltet sind, die aber – anders als in dem engeren Hongkong – ausreichend Raum und Grün lassen für die Menschen, die dort wohnen oder wohnen werden. Das geschieht aber mit einem enormen Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche, ohnehin ein wunder Punkt für China, denn das Land besitzt nur sieben Prozent der Weltagrarfläche bei 22 Prozent der Weltbevölkerung!

Shanghai als Stadt aber glitzert und funkelt: Die Haupteinkaufsstraße Nanjing Road mit den unzähligen Niederlassungen amerikanischer, japanischer und westeuropäischer Firmen erinnert in seiner mehr als belebten Fußgängerzone abends an das gleißende Las Vegas und macht Staunen. Das moderne Geschäftsviertel Pudong schießt in die Höhe und bildet die spektakuläre Skyline der Stadt. Die Architektur ist vom Feinsten – jedes Gebäude hat sein eigenes Gesicht. Und wenn man bei uns auf „das Hochhaus“ oder wenigstens auf einige Hochhäuser

stolz ist, so geht ihre Zahl in Shanghai in die Hunderte. Und Tag und Nacht werden neue Gebäude errichtet, wenngleich ihre „Lebensdauer“ begrenzt sein soll – man sprach von ungefähr 30 Jahren. Es gibt inzwischen 160 Hochhäuser, die über 200 m hoch sind, darunter der Fernsehturm (465 m) und das Jinmao Building, ein 420 m hoher Turm mit 88 Stockwerken in Form einer Pagode, darin ein Grand Hyatt Hotel, das sich über 30 Etagen erstreckt. Die etwa 800 Häuser mit acht Stockwerken zählen schon fast nicht für einen richtigen Shanghai.

Das wird vielleicht verständlich, wenn man bedenkt, dass wir uns im volkreichsten Land des Erdballs mit 1,3 Milliarden Einwohnern befinden (bei einem derzeitigen Bevölkerungswachstum von 0,57 Prozent), die sich in ihrer Mehrzahl alle im Süden auf immer kleinerem Raum zusammenballen. Weite Strecken des Landes sind Gebirge oder Wüste, die Versteppung nimmt im Norden zu, viele Gegenden sind nicht oder äußerst dünn besiedelt. So kann man sich kaum ausweiten; also ist man gezwungen, in die Höhe zu bauen. Und so erstreckt die größte Stadt der Welt Chongqing im Südwesten (Megalopolis nennt sie sich selbst) mit seinen 32 Millionen Einwohnern auf allerdings über 82 000 Quadratkilometern Fläche (und ohne U-Bahn!) an seinen Hochhäusern, die – im Unterschied zu Shanghai – trist und einfalllos nebeneinander gestellt sind. Diese Stadt ist ein Moloch. Andererseits wird in Peking nicht über 25 Etagen gebaut – zwar höher als die kaiserlichen Paläste, aber immerhin.

Das Beispiel dieser Hochhäuser verdeutlicht einen Eindruck, den wir während der Fahrt immer wieder gewonnen haben: China möchte das Land der Superlative sein, was zu gigantischen Vorhaben führt und die Idee vom Reich der Mitte wieder aufstehen lässt, an dem sich alles orientiert. Das höchste Gebäude, der größte Containerhafen, der größte Flughafen

usw. – alles wirkt auf uns, die wir aus der Enge Mitteleuropas kommen, irgendwie überdimensioniert. Aber vielleicht muss das auch so sein? Bedenken wir, was ein Prozent der Bevölkerung in Deutschland und in China bedeutet, und man wird ruhiger. Xi'an z. B. ist seit der Entdeckung der Tonkrieger weltberühmt. Man hat sich sehr klug damit beschieden, nicht alles auszugraben, sondern erst einmal zu warten, bis die entsprechenden technischen und wissenschaftlichen Voraussetzungen zur Konservierung der riesigen Grabungsfelder gegeben sind. Einstweilen aber bebaut man erst einmal ein riesiges Areal mit Begleiteinrichtungen für die drei Museumshallen im Stile eines Nationaldenkmals und natürlich mit riesigen „Touristenfallen“, hier Freundschaftsläden genannt. Fußlahme sind schon müde, bevor sie überhaupt eine dieser wunderbar individuell gestalteten Figuren erreicht haben.

Chinas Drei-Schluchten-Damm – ein Jahrtausendprojekt

Eins dieser gigantischen Projekte ist der Drei-Schluchten-Damm am Yangzi-Fluss, unsere zweite Station. Gerade hier wird während einer dreitägigen Schiffsfahrt (betrieben von US-Amerikanern) die ganze Problematik der chinesischen Situation erkennbar. Der Staudamm wird bei seiner Fertigstellung 2009 natürlich der größte der Erde sein und soll gleich mehrere Probleme lösen: die Eindämmung der gewaltigen Überschwemmungen, die Wasserversorgung des Nordens, eine verbesserte Schifffahrt bis 2500 km ins Landesinnere und eine bessere Stromversorgung für diesen Teil des Landes, da bislang noch zwei Drittel der chinesischen Energieversorgung auf Kohle basiert. Die Schönheit der Schluchten bleibt, wie wir selbst sehen konnten, entgegen allen Unkenrufen erhalten, wenn auch sicherlich nicht in seiner ursprüng-

lichen Pracht. Aber zugleich gibt es erhebliche Verluste in Fauna und Flora, worauf Umweltschützer immer wieder hingewiesen haben; allein 22 Tierarten der sogenannten Roten Liste werden durch den Dammbau und die Flussregulierungen vernichtet. Überhaupt sind die ökologischen Folgen des Dammbaus noch längst nicht abzusehen, meinen Experten. Bedenklich ist auch der Verlust an Wohnsubstanz: 13 größere Städte, 148 Orte, 1352 Dörfer sowie 30 000 ha Ackerfläche (Reisfelder!) werden überschwemmt; betroffen sind immerhin 1,8 Millionen Menschen! Von der Stadt Feng Du (50 000 Einwohner) bleibt nur der Geistertempel auf dem Mingberg als Insel übrig. So volkswirtschaftlich notwendig das Projekt ist, die menschlichen Probleme bleiben bestehen. Es ist ja nicht bloß das Problem des Ersatzes für die einstmaligen vielleicht auch nicht so berühmten Wohnungen (um es höflich zu sagen) oder der Entschädigungen (falls die geplanten Summen ihre Empfänger überhaupt erreichen), es ist zumeist auch der Verlust von Arbeit und Heimat. Seit dem Untergang vieler Dörfer und Ortschaften durch die Braunkohle in Mitteldeutschland und in der Lausitz sind wir ja doch außerordentlich sensibilisiert für diese Problematik.

Die chinesische Regierung versucht dem entgegenzusteuern, indem sie über der magischen Zahl 175 (so hoch soll das Wasser insgesamt steigen) die bereits abgerissenen Ortschaften wieder aufbauen lässt. Aber es sind nicht mehr die vertrauten, sicher oft auch schmutzigen Dörfer (wir sind nicht in Deutschland), in denen die Bauern, Fischer oder Kohlekumpel ihr Leben gelebt haben, sondern es sind wiederum Hochhäuser, mehr schlecht als recht hingestellt. Konsequenz: nicht wenige Einwohner, so scheint es, nehmen die Entschädigung und suchen ihr Glück woanders; nicht wenige Neubauten sind leer. Meist vermehren sie die Zahl der inzwischen schon über 200 Millionen Wanderarbeiter, die in großen Gruppen von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle ziehen, rechtlos, sehr primitiv lebend, ohne Wohnrecht und besondere Vergünstigungen und Versicherungsschutz, fern von den Familien. Sie aber erbringen ganz wichtige Leistungen für den chinesischen Aufschwung, in Beijing sind derzeit allein 3,5 Millionen tätig. Unvergesslich auch dies: Auf der Anfahrtsstraße zum Drei-Schluchten-Staudamm ist jedes kleinste Randstück, das nur irgendwie an Ackerkrume erinnert, bestellt, ist landwirtschaftliche Nutzfläche. Jede Stadt hat ihre kulturellen Heilig-

tümer. Shanghai den Ju-Garten und den Jadebuddha-Tempel, Xi'an seine Krieger und daneben eine stimmungsvolle Altstadt, Longmen seine Höhlengrotten, Beijing die „Verbotene Stadt“. Alles wird (vor allem in der Hauptstadt, dem Austragungsort der Olympischen Spiel 2008) sorgsam renoviert; dafür werden die alten Hudongs, jene Wohnquartale der alten Innenstadt, in denen sich soziales Wohnleben entfaltet hat (allerdings unter aus heutiger Sicht gesehen ungläublichen hygienischen Bedingungen), inzwischen abgerissen. Anders die kulturell wertvollen Gebäude. Man sagte uns, es hätte während der zerstörerischen Kulturrevolution eine von Tschou Enlai angefertigte Liste für Mao Zedong gegeben, auf der besonders zu schützende kulturelle Güter vermerkt worden seien. Das kann stimmen, denn anders wäre wohl der auch heute sichtbare Reichtum dieser jahrhundertelangen Kultur nicht zu erklären.

Mao bleibt präsent, nicht nur auf dem Platz des Himmlischen Friedens als Staatsgründer und mit seinem Mausoleum. Er lebt wohl auch im Gedächtnis der älteren Menschen, vor allem auf dem Land, wo seine Gleichheitsideen angesichts der heutigen krassen sozialen Unterschiede virulent geblieben sind. Den Touristen aber wird die Mao-Bibel in Englisch angeboten.

Probleme eines riesigen Landes

Das heutige China ist eben nicht nur ein Land zwischen Moderne und Tradition, es ist zugleich auch ein Land großer sozialer Widersprüche. Nach regierungsamtlichem Selbstverständnis ist China ein Entwicklungs- und Schwellenland, auch wenn es inzwischen im wirtschaftlichen Entwicklungstempo an die führenden Industrienationen herangerückt ist. Dennoch: es bleiben viele Probleme. Das größte ist wohl die krasse Trennung zwischen Stadt- und Landbewohnern. In den Städten ist der Aufschwung selbst für den Touristen unverkennbar. In Beijing hat bereits jeder vierte Bewohner ein Auto, darunter viele Nobelkarossen; die Bewohner besitzen nun wesentlich mehr Wohnraum, die Löhne und Gehälter sind deutlich gestiegen und die Arbeitslosenrate (euphemistisch ist der Arbeitslose ein „Arbeit Erwartender“) liegt offiziell bei fünf, real wohl bei 12 Prozent. Dagegen sieht die Situation auf dem Land (das man als Tourist ohnehin nur im Vorbeifahren sieht) ganz anders aus. Die Millionen von Bauern sind faktisch recht-



„Man sagte uns, es hätte während der zerstörerischen Kulturrevolution eine von Tschou Enlai angefertigte Liste für Mao Zedong gegeben, auf der besonders zu schützende kulturelle Güter vermerkt worden seien. Anders wäre wohl der auch heute sichtbare Reichtum dieser jahrhundertelangen Kultur nicht zu erklären.“
Foto: Lama-Tempel in Peking

los, sie besitzen keinen Pass, können demzufolge nicht mit entsprechendem Wohn- und Arbeitsrecht in die Stadt übersiedeln, leben ohne Krankenversicherung. Verständlich, dass sich hier Konfliktstoff anhäuft, der sich von Fall zu Fall auch in Rebellionen entlädt. Dazu kommt: Die Landbewohner besitzen keinen Rentenanspruch, weil man sich auf die soziale Hilfe der Großfamilie beruft. Aber die bisherige Politik der Ein-Kinder-Familie kehrt die Alterspyramide allmählich um, China beginnt sich auch hier, europäischen Zuständen anzupassen: Es gibt immer mehr alte Menschen, weniger Arbeitsfähige. Aber darauf ist das gesamte soziale System des Landes völlig unzureichend vorbereitet. Nicht zuletzt deshalb wird die Ein-Kinder-Politik vorsichtig zurückgefahren. Eben das will der Volkskongress mit seinen Beschlüssen vom Oktober 2007 insgesamt korrigieren: Man spricht von gerin-

gerer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und möchte den rücksichtslosen „Turbokapitalismus“ zurückdrängen, die schreienden Unterschiede zwischen arm und reich verringern und mehr Harmonie im Sinne von Konfuzius schaffen, worunter man den Ausgleich zwischen den Menschen, aber auch zwischen Stadt und Land versteht. Wann es gelingt, die aufgestauten sozialen Konflikte zu lösen wird die Zeit lehren.

Fazit: 16 Tage anstrengende Reise mit wunderbaren, unvergesslichen Eindrücken; vieles bleibt widersprüchlich, anderes begeistert. Es ist ein Land, begriffen in einem so tiefgreifenden und raschen Wandel, wie ihn die Welt, nach meiner Meinung, noch nie gesehen hat. Im 21. Jahrhundert wird China eine viel größere Rolle in der Welt spielen, als viele das jetzt wahrhaben wollen. Sollte man vorsorglich Chinesisch lernen? Vorläufig wohl nicht, es genügt (oft) Englisch. Aber wer weiß?



Leben am Fluss

Fotos: Hexelschneider

Auch im fernen Asien stoßen die Ideen von Rosa Luxemburg bis heute auf nicht geringes Interesse. Davon zeugt die jetzt im Karl Dietz Verlag Berlin erschienene Publikation zu den Ergebnissen der Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz 2004 in Guangzhou (Kanton) im Süden Chinas. Hauptveranstalter war die „Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft“, die 1980 auf Initiative des japanischen Historikers Prof. Dr. Narihiko Ito zusammen mit namhaften europäischen Forschern zur Geschichte der Arbeiterbewegung als ein Netzwerk von internationalen Rosa-Luxemburg-Experten gegründet worden war. Die im vorliegenden Band dokumentierte zweite Luxemburg-Tagung in China enthält die Beiträge von 17 Geisteswissenschaftlern. Das Gros der etwa 70 TeilnehmerInnen stellten die Hochschulen verschiedener Regionen Chinas sowie deutsche und japanische Fachkollegen. Aber auch aus Indien, den USA und Europa (Frankreich, Österreich, Schweiz, Russland, Norwegen) waren Teilnehmer angereist. Obschon die Konferenz vor allem den Demokratievorstellungen Rosa Luxemburgs gewidmet war, befassten sich die meisten Beiträge mit gegenwärtigen politischen und

Rosa Luxemburgs Ideen sind auch in China lebendig

ökonomischen Entwicklungsproblemen der VR China. Dabei standen Fragen der Demokratisierung der KP Chinas und des politischen Systems des Landes als den vorrangig zu lösenden Aufgaben bei den politischen und wirtschaftlichen Reformbemühungen der VR China im Mittelpunkt. In diesem Zusammenhang wurden im starken Maße die Auffassungen Rosa Luxemburgs in die Debatten einbezogen, vor allem ihre eindringlichen Warnungen vor möglichen Verzerrungen des Sozialismus im allgemeinen und der sozialistischen Demokratie im besonderen. Sie sind explizit in ihrem unvollendet gebliebenen Manuskript „Zur russischen Revolution“ enthalten, das sie im September/Oktober 1918 im Gefängnis verfasst hatte und das zu Rosa Luxemburgs Lebzeiten nur Paul Levi bekannt war, nicht aber den eigentlichen Adressaten Lenin, Trotzki und anderen führenden Bolschewiken. Die Demokratievorstellungen Luxemburgs mündeten u. a. in Vorträgen über ihr basisdemokratisches Konzept der proletari-

schen Massenbewegung oder über ihr dialektisches Vorgehen bei der Entwicklung der Demokratieauffassung. Fritz Weber (Wien) sprach über gegenwärtige Entwicklungsprobleme Chinas, zu deren Bewältigung solche Bestandteile einer „luxemburgistischen“ Politik wie demokratische Diskussion, das Herstellen von Öffentlichkeit und das Voranschreiten auf dem Wege einer civil society mit politischer, wirtschaftlicher und sozialer Gleichberechtigung aller BürgerInnen unverzichtbar seien. Daran knüpfte Bergmann in seinem Abschlussbeitrag zum momentanen Generationswechsel in der Führung der KP und der Regierung sowie zu dem damit im Zusammenhang stehenden Beginn einer neuen Entwicklungsstrategie Chinas an. Deren langfristiges Ziel stelle die Herausbildung einer sozialistischen Demokratie mit chinesischen Ausprägungen dar, für die gegenwärtig die Wege und Formen gesucht werden.

• RAINER HOLZE

Narihiko Ito, Theodor Bergmann, Stefan Hochstadt, Ottokar Luban (Hrsg.): *China entdeckt Rosa Luxemburg. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Guangzhou am 21./22. November 2004*, Karl Dietz Verlag Berlin, 2007. 158 S., 14,90 Euro

Über Leipzigs Opernhaus schwebt seit dem Hinauswurf Henri Maiers ein dickes Fragezeichen. Nachdem die Stadtoberen bislang einer klaren Auskunft auswichen, äußerte sich vor Beginn der Saison der Gewandhauskapellmeister und Opern-Generalmusikdirektor Riccardo Chailly in einem LVZ-Interview zur Situation.

Von WERNER WOLF

Auf die Frage, ob der Intendant den inneren Machtkampf gegen den Generalmusikdirektor verloren habe, antwortet Chailly lakonisch: „Es geht nicht um Macht... Ich brauche ein Team, in dem jeder so gut arbeitet wie er kann und muss.“ Mit Alexander von Maravic und Christoph Meyer sei das gegeben. Doch sei es für die zu bewältigenden Aufgaben nötig, „möglichst schnell einen neuen Intendanten“ zu finden, „einen jungen, im besten Falle deutschen

Riccardo Chailly – aber nicht nur... Oper, Gewandhaus, Wagner, Verdi und Fabio Luisi

mit Erfahrung im Repertoiretheater, Kreativität und Visionen für die Neuorientierung“. Von der Stadtspitze fordert Chailly Mitarbeit. Die vom OBM geäußerte Meinung, die Oper müsse vor allem für die Leipziger da sein, sei das Gegenteil von dem, was Burkhard Jung ihm gesagt habe. Wenn der Oberbürgermeister weiter sparen will, könne diese Entscheidung nicht ohne Konsequenzen für ihn bleiben. Unbedingt muss die finanzielle Sicherstellung der Oper und der zu ihr gehörenden Musikalischen Komödie garantiert werden. Doch dabei bleibt auch zu bedenken, dass Leipzig keine Millionenstadt wie Mailand ist. Das beim Amtsantritt Chaillys anvisierte hohe Niveau der Oper muss wohl zuerst als Aufgabe des Generalmusikdirektors gesehen werden. Mit einer Einstudierung in zwei Jahren und fünf bis sechs

Dirigaten in einer Spielzeit wird das schwerlich zu erreichen sein. Da wirkt Chaillys Argument, er „möchte in Leipzig kein immer währendes Chailly-Festival geben“, doch seltsam, um nicht zu sagen, wie ein Hohn. Auf alle Fälle aber bleibt Chaillys Bekenntnis zum Repertoiretheater, das ein leistungsfähiges Ensemble voraussetzt, zu unterstützen. Ebenso sind künftig die Zahl der jährlichen Einstudierungen und Aufführungen zu erhöhen. Schließlich wurde das Gewandhausorchester 1960 bei Eröffnung des neuen Opernhauses von 108 auf 160 und bei Einweihung des Neuen Gewandhauses nochmals auf fast 200 Musiker erhöht, damit es auch während der Konzertreisen allabendlich in der Oper spielen kann (Siehe auch *offener Brief von Joachim Herz in LN 16'07*). Die jetzige Leitung und der künf-

tige Intendant stehen jedenfalls vor enormen Aufgaben. Mit dem Blick auf die 200. Geburtstage von Richard Wagner und Giuseppe Verdi muss weitsichtig geplant werden. Die Oper müsste und könnte es bei zielstrebigem Arbeit schaffen, bis 2013 alle Opern Wagners in den Spielplan aufzunehmen und eine gewichtige Auswahl aus dem noch umfangreicheren Schaffen Verdis aufzuführen. Die Wiedereröffnung des Opernhauses nach Erneuerung des Zuschauerraumes mit Wagners „Rienzi“ lässt hoffen.

Im Unterschied zur Oper kann das Gewandhaus auch in der Jubiläumssaison große Erfolge verzeichnen. Den Höhepunkt dieser Saison bescherte für das Orchester die erste USA-Reise mit Riccardo Chailly als Dirigenten. Höchstes internationales Niveau erreichten Chailly und das Orchester vor allem mit

Werken von Gustav Mahler, Richard Strauss und Igor Strawinsky.

Der von Chailly beim Amtsantritt angekündigte Einsatz für Neues hielt sich allerdings in Grenzen. Und Werke wie Arnold Schönbergs Orchesterfassung von Bachs Präludium und Fuge Es-Dur und das längst zum Gewandhaus-Repertoire gehörende Violinkonzert von Alban Berg können in Leipzig nicht mehr als Stücke für Entdeckerkonzerte gelten.

Ein Glück für Leipzig, dass es das MDR-Sinfonieorchester gibt, dessen bisheriger Chefdirigent Fabio Luisi nach elf ereignisreichen Jahren nun die Leitung der Sächsischen Staatsoper und Staatskapelle in Dresden übernimmt. Er und zahlreiche Gäste dirigierte neben Werken des 18. und 19. Jahrhunderts eine stattliche Reihe von Claude Debussy, Albert Roussel, Ralph Vaughan Williams, Max Reger, Béla Bartók, Karol Szymanowski, Ernest Bloch, Alban Berg, Frank Martin, Karl Amadeus Hartmann, Olivier Messiaen, Philip Glass u. a.



Mattheuer: „Das blaue Leipzig“ (1971) Ausstellung bis 14. Oktober. Foto: MdbK

Endlich !

SIEBEN JAHRE GINGEN INS LAND, bis das Museum der bildenden Künste Wolfgang Mattheuer eine große Werkchau gönnt. Mit dieser Ausstellung, die sich seinen Landschaftsbildern widmet, möchte das Museum den „Bildermacher“ (er starb 2004) würdigen. Es werden „weite Horizonte einer Weltlandschaft wie auch das Biotop im Schrebergartenbezirk“ gezeigt, schwärmt Museumdirektor Hans-Werner Schmidt. Die Ausstellung darf als gelungen bezeichnet werden, denn sie erlaubt, die enorme Breite seines Schaffens zu entdecken.

Andererseits ist es schwer zu vermitteln, warum bei der Eröffnung Referenten aus Hamburg und München zu Wort gekommen sind und keine hiesigen, profunden Kenner. Vielleicht hängt dies mit dem ersten Faktum, der längeren Abstinenz

einer Mattheuer-Ausstellung, zusammen, da sich der Schluss aufdrängt, dass die hiesige Museumsspitze Schwierigkeiten mit dem Hauptvertreter des kritischen sozialistischen Realismus hat. Mattheuer hat trotz – oder gerade wegen – seiner geistigen Souveränität und kritischen Distanz nie einen Hehl daraus gemacht, wessen Sache er vertritt: „Der sozialistische Realist darf weder der wohlthuenden Wahrheit das Primat geben noch der schmerzenden Wahrheit ausweichen.“

„Er liebt die Natur und einfache Menschen oder kann sich tief einfühlen in die weltvergessene Zweisamkeit Liebender“ (1981), bemerkt Dieter Gläisberg, Museumsdirektor 1981-1992, über Mattheuer.

Landschaften waren für Mattheuer – und da steht er den Romantikern, besonders Carl Gustav Carus und Caspar David Friedrich, sehr nahe – Spiegel der menschlichen Existenz. So taucht bei ihm nicht nur die heile, unberührte Natur

auf, nein, irgendwo schleicht eine Auto-karawane, rauchen Fabrikschloten oder leuchtet eine Silo-Anlage. Das Ende des Technikglaubens deuten seine drei nebeneinander gehangenen Ikarus-Bilder an, in denen der Himmelsstürmer als trauriger Zeitgenosse zurück auf die Erde stürzt.

Die Verletzlichkeit der Idylle, deren doppelter Boden, illustriert „Das blaue Leipzig“ (1971) – das dem Museum im übrigen auch als Ausstellungswerbeträger dient. Überraschend sind die düster – melancholischen Landschaften seiner letzten Schaffensjahre. Aufs Verschwimmende, aufs sich Auflösende, auf das Nicht-Sichtbare zielend, weniger durchgearbeitet, grob flächiger, erscheinen viele neue Facetten. Dies kulminiert in seinem „Nachtspaziergang“ aus dem Jahr 2001: mutmaßlich Mattheuer selbst, überlebensgroß, schwebt und wandelt er mit bitterer Miene über eine kontrastierete Nachtlandschaft.

• D. M.

Der Hörfunkkultur-Kanal des MDR hat eine wunderbare Idee, indem er zur Zeit seine Hörer nach dem für sie schönsten ersten Satz eines Romans fragt. Ich bin noch beim Grübeln, finde aber das von Peter Sodann favorisierte „Es war einmal ...“ als eine sehr schöne Variante. Obwohl, so beginnen ja Märchen meist! Na ja, das wissen sie als Märchenleser natürlich selbst. Dieses „Es war einmal“... brachte mich jetzt auf andere „Märchen“. Derzeit überkommen uns zu Hauf in Film und Fernsehen Geschichten, die durchaus mit: „Es war einmal“ beginnen könnten. Eine beschäftigt sich mit Dean Reed, dem „Roten Elvis“, wie ihn ein Film von Leopold Grün titulierte.

„Die DDR hielt den dauerlächelnden Selbstdarsteller für einen internationalen Superstar ...“ schrieb jetzt eine Rezensentin. Man kann über solche Sätze hinweggehen, aber sie sind ärgerlich, weil sie in dieser Schlichtheit nicht stimmen. Wer ist übrigens mit „die DDR“ gemeint? Also, ein Staat stellt sich nicht nach Schallplatten an. Ich weiß es aus eigenem Er-

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Es war einmal ...

Von MICHAEL ZOCK

leben. Amiga-Platten mit Dean Reed oder die von „Melodia“ aus der UdSSR exportierte Variante gingen in den Geschäften stets über die Ladentische und lagen wochenlang in den Schaufenstern. Unterm Ladentisch lag allerdings der echte Elvis – auch auf AMIGA-Rille gepresst. Und mit dem Begriff „Superstar“ hat seinerzeit keiner „unseren Dean“ angehim-melt.

Lesen wir's doch noch einmal nach. Beispielsweise in der Zeitschrift „Film und Fernsehen“ Nr. 8/81, Herausgegeben vom Verband der Film- und Fernseh-schaffenden. In die Kinos kam damals der Film „Sing, Cowboy, sing“. Regie,

Szenarium, Hauptdarsteller, Dean Reed in persona.

Ich zitiere: „Er spielt, was er sich selbst geschrieben hat: Parodistische Einschüßel, für die er absolut nicht der Typ ist. (...) Wieviel

unbedarfte Grobschlächtigkeit im Figurenaufbau, in der Konstruktion der Situationen. (...) Der Vorwurf, viele Köche verderben den Brei entfällt in diesem Fall.“ Soweit das Urteil über einen „Superstar der DDR“ in einer renommierten Zeitschrift. Es ist wohl eher so, Dean Reed wird heute vermarktet und etikettiert, damit sich ein schwacher Film, der ab 6(!) Jahren zugelassen ist und die neugepressten CD's „Roter Elvis“ verkaufen. Wer weiß heute noch, dass Reed einen wirklich sensiblen Fernsehfilm über seinen chilenischen Freund Victor Jara produzierte, dass er auf der Leipziger Dok-Filmwoche alles andere als ein „Dauerlächler“ war.

Skepsis ist angesagt, wenn Jahre später Menschen und Verhältnisse typisiert und in Marketingschemata gepresst werden. Trotzdem: Es war einmal ... bleibt ein toller erster (unvollständiger) Anfang. Oder?

Letzte Möglichkeit ...

An der Stirnseite des Raumes ist ein Stummfilm zu sehen mit Hitler und anderen Nazigrößen, umgeben von sich siegreich wählenden SA-Männern. Weiterhin: Schriftliche Fragmente, erhalten geblieben aus jener furchtbaren Zeit. Papiere, Fotos, Gegenstände des alltäglichen Lebens – sorgfältig zusammengetragen – in einer zu eindringlichem Nachdenken anregenden Ausstellung, die im Neubau des Stadtgeschichtlichen Museums zu betrachten ist. „Arisierung in Leipzig – Verdrängt, Beraubt, Ermordet“, lautet das weitgespannte Motto. Die Exposition regt an, zu kritischem Aufarbeiten dieser Vergangenheit in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Und dies in einer Zeit, in der fremdenfeindliche, rassistische und rechtsextremistische Auffassungen drohen, Köpfe und Hirne nicht nur junger Leute zu vernebeln. Die Ausstellung (noch bis 11. 9.) dokumentiert einen Raubzug in Leipzig, der vor aller Augen geschah.

• H. GERATHEWOHL

O bwohl in Sachsen das Amateurtheater eine Jahrhundert alte Tradition hat, gibt es zu seiner traditionsreichen und vielseitigen Geschichte nur wenige Veröffentlichungen. Umso mehr ist es zu begrüßen, dass Günter Benser, ein Enkel eines der Gründungsväter der vor 100 Jahren – am 1. August 1906 – gegründeten Volksbühne Heidenau, dieses Laientheater aus dem Vergessen gehoben hat. Der weithin bekannte Historiker hat aus seinen Erinnerungen, aus den Überlieferungen seiner Familie, den Akten des Stadtarchivs Heidenau und anderer Archive, den Veröffentlichungen in der Regionalpresse u.a.m. die reichhaltige und erstaunliche Geschichte dieser sächsischen Volksbühne im jeweiligen zeitgeschichtlichen Geschehen nahezu lückenlos nachgezeichnet. „Ohne diesen historischen Hintergrund“, schreibt er, „erschiene sie lediglich als eine ins Theaterspiel verliebte Laienspielgruppe.“ Das würde ihrer tatsächlichen Rolle nicht gerecht werden, denn in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen hatte sie seit ihrer Gründung ihren Platz im linken Spektrum. In der Arbeiterstadt Heidenau, in der das Wirken der Volksbühne aufs engste mit der Kommunalpolitik verbunden war, standen bei den Kommunalwahlen am 18. Januar 1933 den 3 Abgeordneten der NSDAP 9 der KPD, 7 der SPD und 6 der bürgerlichen

Geschichte eines traditionsreichen Amateurtheaters

Parteien gegenüber. Selbst noch zu den Reichstagswahlen am 3. Mai 1933 wurde die KPD mit Abstand die stärkste Partei. Doch bereits am 13. März 1933 waren die Theater dem gegründeten „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ unterstellt worden. Den ersten faschistischen Säuberungswellen im Theaterwesen, die sich vor allem gegen jüdische Künstler und Kommunisten richteten, fiel der in Dresden geborene Schauspieler Hans Otto zum Opfer, der aktiv im Arbeitertheater Deutschlands und in der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörige leitend tätig war.

Am 15. Mai 1934 wurde dann das „Theatergesetz“ erlassen, das sich naturgemäß auf das Berufstheater bezog, aber ebenso gravierende Auswirkungen auf das Amateurtheater hatte, was schließlich 1939 zur Liquidierung der Heidenauer Volksbühne führte.

In den Maitagen der Befreiung vom Faschismus gehören auch Akteure der Heidenauer Volksbühne zu den Aktivisten der ersten Stunde, so als Mitglieder der sich neu formierenden Arbeiterpar-



teien KPD und SPD, als Angehörige des antifaschistischen Frauenausschusses und Helferinnen der Volkssolidarität. Engagierte Bestrebungen zur Wiederbelebung der Volksbühne blieben aus

unterschiedlichen Gründen erfolglos. Die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse boten für das Wirken von Laientheatern bisher nicht gegebene Möglichkeiten. Benser stellt hierzu fest: „Auch in Heidenauer Betrieben entwickelten sich im Laufe der Jahre großzügig geförderte Volkskunstgruppen oder ganze Ensembles von beachtlichem künstlerischen Niveau. Sie zeugten davon, dass die Betriebe mehr waren als Produktionsstätten und dass sie anderen Zwecken dienten als bloßer Kapitalverwertung.“ Die Volksbühne Heidenau hatte in den Jahren von 1906 bis vor allem 1933 ihre große Zeit gehabt, und diese sollte nicht vergessen sein.

Der höchst kulturvoll gestaltete Band ist reich illustriert. Der umfangreiche Anhang enthält das Statut aus dem Jahre 1906, Presseberichte über Aufführungen in den Jahren 1920 bis 1939, in chronologischer Folge die aufgeführten Stücke, die Namen der Mitglieder der Volksbühne und weiterer an den Aufführungen beteiligten Personen sowie das Personenregister und die Anmerkungen.

• **KURT SCHNEIDER**

Günter Benser: *Volksbühne Heidenau 1906 bis 1939 - 1945 bis 1949. Die bewegte Geschichte eines Amateurtheaters.* edition bodoni, Berlin 2007. 238 Seiten, 17,90 Euro

Anklage unerwünscht!

Drei investigative Journalisten, Jürgen Roth, Rainer Nübel und Rainer Fromm, enthüllen Skandale in ihrem neuen Sachbuch um die deutsche Strafverfolgung und dokumentieren, wie die dritte Gewalt, die Judikative, den Rechtsstaat aushöhlt. Nach ihren Erkenntnissen sind nicht alle Personen vor dem Gesetz gleich – manche sind gleicher. Schützend halten die Verantwortlichen des Freistaates Sachsen ihre Hände über den aktuellen Korruptionsskandal, der seit Wochen im Topf von Dresden und Leipzig brodelt – Anklage unerwünscht. Es gibt weitere Tatorne in der Republik. Da gibt es pornografischer Gewalt gegen eine Minderjährige, die Täter sind namentlich bekannt. Die Staatsanwältin verweigert jegliche Ermittlung. In einem Fall von gigantischer Vermögensverschiebung – in Hessen – ist eine der ober-

sten Richterinnen gemeinsam mit ihrem Mann, einem Rechtsanwalt, involviert. Warum sich die Justiz mit allen Mitteln gegen Ermittlungen sträubt, weiß nur die hessische Landesregierung. Oder Geldwäsche in Casinos: Seit Jahren laufen Hinweise bei verschiedenen deutschen Staatsanwaltschaften ins Leere. Statt dessen werden Wirtschaftskriminelle, Wafenhändler und Mafiabosse von den staatlichen Spielbanken hofiert und bevorzugt behandelt. Die Justiz schaut weg und der Staat profitiert. Auch in dem Leuna-Fall, hier gibt es neue Spuren, aber die Justiz bleibt untätig, sie ermittelt nicht.

• **KARL-H. WALLOCH**

J. Roth, R. Nübel u. R. Fromm: *Anklage unerwünscht! Korruption und Willkür in der deutschen Justiz.* Eichborn F/M 2007, 304 S., 19,95 Euro

Lafontaine, wie er ist

Da Oskar Lafontaine rundum im Gespräch ist und selbst Andre Brie nach langem – wohlthuendem – Schweigen wieder glaubte, für irgendeine Anti-Stimmung sorgen zu müssen, erschien bei Spotless ein Oskar-Lafontaine-Porträt, das schnell von sich reden machte. Klaus Huhn wagte es, den Medien-Wirbel um den Ex-SPD-Vorsitzenden mit jenem Eingangssatz des Kommunistischen Manifests „Ein Gespenst geht um ...“ zu vergleichen.

Die Spotless-Publikation dürfte manche Wissenslücke schließen. Lafontaine hat zwar in den Büchern, die er nach seinem spektakulären Rücktritt schrieb, keine Silbe über Erich Honecker verloren, wie wohl er den vor zwanzig Jahren im heimischen Saarland mit Glanz und Gloria empfangen hatte und auch sonst oft seine Nähe suchte. Dafür formulierte er klarer und präziser als viele andere in der Linkspartei Ziele und sogar „Leitfiguren“: „Da ist zunächst Rosa

Luxemburg, die große Sozialistin. Ihr Erbe heißt: ‚Freiheit ist immer auch die Freiheit der Andersdenkenden‘. Da ist Karl Liebknecht, der wirklich mit seinem Leben gezeigt hat, dass nichts schwerer ist, als dem Geist der Zeit zu widerstehen, der das chinesische Sprichwort bestätigt hat: ‚Nur tote Fische schwimmen immer mit dem Strom‘. Und in diesem Sinne fühlen wir uns auch einem Mann verbunden, der für mich Anlass war, in die Politik zu gehen, dem Friedensnobelpreisträger Willy Brandt und seinem Satz: ‚Von deutschem Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen‘.“

Mithin: Dieses Taschenbuch ist nützliche Lektüre für alle, die weder „Hurra“-Getöse hören mögen, noch Schimpfkanonaden. Es sind schlicht „Auskünfte“ über Oskar Lafontaine. Und die wiederum interessieren.

• **JENS GERLACH**

Klaus Huhn: *Oskar Lafontaine – Auskünfte.* Spotless Berlin 2007, 5,10 Euro

Der Westdeutsche Rundfunk Köln dürfte in hiesigen Regionen eher selten empfangen werden. Dieses Manko, denn im konkreten Falle ist es tatsächlich eines, gleicht jetzt ein Sammelband mit Interviews aus, die der Kölner Schriftsteller Wolfgang Bittner und der WDR-Redakteur Mark vom Hofe herausgaben. Es sind dies Mitschnitte aus dem Fundus der wöchentlichen 25-minütigen Zeitzeugen-Sendereihe „Erlebte Geschichten“. Zu Wort kommen (die Interviewfragen sind herausgeschnitten, was das Ganze zu unmittelbaren Selbstzeugnissen macht) Persönlichkeiten wie Jupp Angenfort, Dieter Hildebrandt, Oskar Negt, Katja Ebstein, Erhard Eppler, Günter Wallraff, Max von der Grün, Dieter Süverkrüp, Jacob Moneta – um nur einige zu nennen. Da ist Frigga Haug, ehemalige Professorin für Wirtschaft und Po-

Erzählenswerte Lebensläufe

litik in Hamburg, die erzählt wie sie zur 68er-in wurde, vor allem aber eine Frauenrechtlerin und nun feststelle, wie sich das Klima wieder „normalisiert“. Die Gleichberechtigung steht im Grundgesetz und die Männer lehnen wie einst feministische Studiengänge ab, nehmen Frauen das Rederecht ... Alles scheint von vorne zu beginnen. Nein, eher doch nicht. Es fehlt wohl ein 68er Aufbruch. Die Studentinnen von heute, so erlebte Haug, „denken, dass sie es einzeln schaffen können und dass sie dazu die anderen nicht brauchen. Als wäre nie etwas anderes gewesen. Das erschreckt mich sehr.“ Jutta Limbachs Aussagen wollte ich nicht zur Kenntnis nehmen. Mir genügte es von ihr zu wis-

sen, dass sie als Berliner Justizsenatorin für die Umbenennung der Katja-Niederkirchner-Straße kämpfte. Weil sie es unzumutbar fand, dass ihre Behörde über den Namen einer – wenn auch von den Nazis hingerichteten – Kommunistin zu erreichen sein sollte. Nun las ich – ja doch – dass ihre Großmutter eine sehr kämpferische Sozialdemokratin und mit Clara Zetkin befreundet war, dass das nicht zuletzt ihren Lebensweg bestimmte – bis zur Zäsur, bis ihr Vater gleich nach dem Krieg als Bürgermeister in einem Ostberliner Stadtteil wegen einer drohenden Verhaftung nicht mehr heimkehren konnte ... Was für ein Hass hat sich da angestaut. Ich lese fasziniert von Klaus

Förster, dem Mann, der die Flick-Affäre aufdeckte, und schier Unglaubliches von Michael Preute, alias Jacques Berndorf, dem Autor der „Eifel-Krimis“, vor allem dem Erforscher eines mit brutal-gefährlichen CIA-Methoden abgeschirmten Bunkers der Bundesregierung unter den Weinbergen an der Ahr. Allein dieses Interview müsste zur Pflichtliteratur für alle werden, die sich in „Stasi“-Bunkern in Kossa oder sonstwo partout gruseln wollen.

Kurz, ich hab in diesen Gesprächen sehr viel gelernt über die Wege von Bundesbürgern, der Gleichschaltung zu entgegen. Weitere „erlebte Geschichten“ sollen folgen – was gut ist.

• **M. WARTELSTEINER**



Wolfgang Bittner / Mark vom Hofe (Hg.): *Erlebte Geschichten. Ich mische mich ein – Markante deutsche Lebensläufe.* Horlemann Verlag, Bad Honnef 2006. 213 S., 12,90 Euro

KALENDERBLATT**Vor 50 Jahren verstorben****Wilhelm Agatz**

Der spätestens nach 1945 weithin bekannte westdeutsche Bergarbeiter-Gewerkschafter Wilhelm Agatz wurde am 10. Juni 1904 in Heisingen bei Essen geboren. Wie sein Vater, so wurde auch er Bergmann und trat 1924 der KPD bei. Wegen Teilnahme an Streiks wiederholt gemäßregelt und 1930 aus dem Bergarbeiterverband ausgeschlossen, gehörte er danach der Roten Gewerkschaftsopposition (RGO) an. Er war der Leiter ihres Einheitsverbandes der Bergarbeiter und Mitglied der RGO-Reichsleitung. Getragen von einer breiten Zustimmung zu seinen gewerkschaftspolitischen Auffassungen, wurde Agatz im September 1930 als Mitglied des Deutschen Reichstages gewählt. Während der Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet 1931 und 1932 war er einer der Streikführer. Nach Errichtung der faschistischen Diktatur war Agatz illegal als Organisationsleiter der RGO tätig. Im Januar 1934 gelang es jedoch der Gestapo, ihn in einem als Fotovertretung getarnten illegalen Büro des Reichskommissars der RGO in Berlin zu verhaften. Im Januar 1935 erfolgte die Verurteilung zu drei Jahren Zuchthaus, die er in Luckau verbrachte. Anschließend war er bis Oktober 1939 im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Noch 1943 zur Wehrmacht eingezogen, in die Strafdivision 999 gepresst und an der Ostfront eingesetzt, kam er 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft.

Nach Ende der Kriegsgefangenschaft hatte Agatz wesentlichen Anteil am Aufbau der Bergarbeitergewerkschaft – zunächst als Sekretär für Betriebsrätewesen im Bezirk Essen und bis Ende 1948 2. Vorsitzender des Industrieverbandes Bergbau der britischen Besatzungszone und nachfolgend Sekretär der Hauptverwaltung der IG Bergbau im DGB. Weil er die Spaltung Deutschlands und die Einbeziehung der westlichen Besatzungszonen in die imperialistischen Bündnisssysteme (Montanunion und Marshallplan) sowie die zunehmende Remilitarisierung ablehnte, wurde Agatz im August 1950 aus dem DGB ausgeschlossen. Danach war er Mitarbeiter des KPD-Parteivorstandes, dem er bis zum Verbot am 17. August 1956 angehörte.

Wie bereits vor 1933, so war auch nach 1945 seine gewerkschaftliche Arbeit eng verbunden mit seiner parlamentarischen Tätigkeit. Zunächst von 1946 bis 1949 MdL in Nordrhein-Westfalen, gehörte er von 1949 bis 1953 als Abgeordneter der KPD dem Deutschen Bundestag an. Im Alter von erst 53 Jahren verstarb Wilhelm Agatz am 29. August 1957 in Berlin.

• **KURT SCHNEIDER**

Vor 55 Jahren, am 6. September 1952, berichtete unter der Überschrift „Die geheimnisvolle Villa in der Limastraße“ die in Stuttgart erscheinende *Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung* über den seit 1949 in Westberlin tätigen „Untersuchungsausschuss freier Juristen“ (UfJ). Offiziell als „Rechtsauskunftsstelle“ tätig, sah der vom amerikanischen Geheimdienst CIA finanzierte UfJ seine Aufgabe darin, vor allem in die DDR hineinzuwirken. Dem diente unter anderem die Führung einer „Belastungskartei“ zum Zwecke von Drohungen und Erpressungen gegenüber Bürgern der DDR. Davon zeugt beispielsweise eine Tagebuchaufzeichnung Viktor Klemperers vom 29. 11. 1952. Klemperer war anlässlich der Verleihung des Nationalpreises der DDR im Oktober 1952 in einem Brief des UfJ mitgeteilt worden: „Es wird ihnen bekannt sein, dass wir derartige ‚Ehrungen‘ als Bestechungsaktion auf Kosten der ausgebeuteten Bevölkerung der Sowjetzone anse-

Am 19. November 1952 war im Hamburger Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* zu lesen, dass nach Angaben von Volkspolizei-Inspektor Erhard König bisher etwa 200 Volkspolizisten „im Kampf gegen Agenten, Spione und Saboteure“ ihr Leben verloren haben.

hen. Dementsprechend sind Sie in unseren Karteien registriert worden.“ Klemperer wurde aufgefordert, die mit der Auszeichnung verbundene Geldzuwendung „Angehörigen von Kriegsgefangenen und politischen Häftlingen“ u.a.m. zu spenden.

Westberlin – „Atombombe“ im Kalten Krieg gegen die DDR

„Wir empfehlen Ihnen“, hieß es hierzu, „die Postquittungen für derartige Sendungen gut aufzubewahren, damit sie am Tag der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit beweisen können, dass Sie (...) den Versuch unternommen haben, die Auswirkungen des sowjetischen Unrechtsregimes zu lindern.“ Besonders bemüht war der UfJ in Zusammenarbeit mit dem CIA, DDR-Bürger für die Militär- und Wirtschaftsspionage zu gewinnen. Der dem UfJ zugehörige „Verlag für internationalen Kulturaustausch“ produzierte Zeitschriften und Zeitungen, die durch Postversand und mittels Ballons in die DDR eingeschleust wurden. Hierzu ist bekannt, dass nach einer UfJ-internen Aufstellung der Versand von 580 000 im Jahre 1950 auf 2 410 000 im Jahre 1954 stieg. Zugleich standen dem UfJ der RIAS und der SFB für regelmäßige Sendungen zu Verfügung, die auf politisch-ideologische Wirksamkeit unter DDR-Bürgern zielten. Und der UfJ war nur eine von über 100 derartigen in Westberlin tätigen Organisationen. Westberlin, im Herzen der DDR gelegen, wurde unter massiver Verletzung aller

Berlin-Abkommen für Diversionsstätigkeit gegen die DDR missbraucht, ein Vorgang, der auch als „billigste Atombombe der Welt“ bezeichnet wurde. Am 19. November 1952 war im Hamburger Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* zu lesen, dass nach Angaben von Volkspolizei-Inspektor Erhard König bisher etwa 200 Volkspolizisten „im Kampf gegen Agenten, Spione und Saboteure“ ihr Leben verloren haben. Doch wer spricht heute auch über diese Toten? Die Bundesrepublik nahm für sich in Anspruch, so formulierte es Konrad Adenauer, „bis zur Erreichung der deutschen Einheit die allein legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes“ zu sein. Damit verbunden war, dass die Grenzen der DDR zur BRD und zu Westberlin als Staatsgrenzen missachtet und lediglich als innerdeutsche Grenzen bezeichnet wurden. Man benötigt wohl keine speziellen politischen Kenntnisse um zu begreifen, welche Aggressivität gegenüber dem zweiten deutschen Staat sich hinter dieser Haltung verbarg. Diese zeigte sich auch im Anspruch der BRD auf Westberlin. Bei Adenauer ist hierzu

nachzulesen: „Im Artikel 23 des Grundgesetzes ist niedergelegt, dass Groß-Berlin als 12. Land zur Bundesrepublik gehören soll“, was derzeit durch „die fortwährende internationale Spannung ... noch nicht die volle Wirksamkeit des Artikels 23 in Bezug auf Großberlin gestattet“. Adenauer weiter: „Der Artikel 23 sollte in volle Wirksamkeit treten, sobald die internationale Lage es zulässt. Bis dahin würde Berlin seine Gesetze den Bundesgesetzen anpassen, um so schon eine de facto-Zugehörigkeit Berlins zum Bund herbeizuführen.“ Nach Adenauer, der nicht von Westberlin, sondern nur generell von Berlin und Großberlin sprach, sollte Westberlin als „Vorposten und Bollwerk“ in die „Sowjetzone hineinragen“. Der Drang herrschender Kreise in der Bundesrepublik nach politischer Beseitigung der DDR, d. h. nach Wiederherstellung der einstigen Besitz- und

Nach Adenauer, der nicht von Westberlin, sondern nur generell von Berlin und Großberlin sprach, sollte Westberlin als „Vorposten und Bollwerk“ in die „Sowjetzone hineinragen“.

Machtverhältnisse, wurde nach der Errichtung der Berliner Mauer nicht geringer. Vielmehr wurde jetzt nach anderen Möglichkeiten gesucht und letztlich auch gefunden. Der Staat DDR hörte auf zu bestehen, aber seine Verteufelung und Kriminalisierung blieb aufrecht erhalten. Das war, ist und bleibt so, solange die derzeitigen Sieger der Geschichte das Feld der Zeitgeschichte beherrschen.

• **KURT SCHNEIDER**

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (52)

Zu den ersten Leipziger Antifaschisten, denen nach der Befreiung ein Straßennamen gewidmet wurde, gehört Paul Küstner. Die am 1. August 1945 nach ihm benannte Straße liegt in Altlindenau und führt parallel zur William-Zipperer-Straße.

Warum wurde gerade er so früh geehrt, obwohl die meisten der Antifaschisten doch erst 1950 „ihre“ Straße erhielten? Paul Küstner wurde am 22. Juli 1896 in Giebichenstein bei Halle geboren. Wann er nach Leipzig gekommen ist, liegt im Dunkeln. Ab 1902 besuchte er die Volksschule und dann die Thomasschule. 1911 schloss er sich der bürgerlichen Wandervogelbewegung an. Der Erziehung im militaristischen Elternhaus geschuldet, meldete er sich 1914 freiwillig zum Militär. An der Westfront eingesetzt, geriet er in englische Gefangenschaft und verbrachte drei Jahre in einem Lager auf der Insel Jersey. Mit Kriegsschluss wurde er in der Schweiz interniert und legte hier in Davos sein Abitur ab. Dann kehrte er 1919 in die Heimat zurück und begann ein Studium als Diplom-Volkswirt an der Universität Leipzig. Während des Studiums schloss er sich der „Monistischen Jugend“ an, dem Vorläufer der Freidenker-Jugend.

1922 wurde er Mitglied der KPD. Er scheint während der Weimarer Republik in der Partei keine herausgehobene Stellung eingenommen zu haben, denn es finden sich bei der Recherche weder Parteifunktionen noch Polizeivermerke. 1936 heiratete er Irmgard Dressler. Aus dieser Ehe gingen drei Kinder hervor. Das Ehepaar wohnte in der Ottostraße 14, jener Straße, die 1945 nach Paul Küstner be-

Paul-Küstner-Straße

nannt wurde. Zu dieser Zeit leistete Paul Küstner bereits illegale antifaschistische Arbeit. Er hielt Verbindung zu Richard Lehmann, Dr. Kulaszewski, Dr. Seyfert, Walter Illgen und Arthur Oemichen. 1941 fand er Anschluss an die Plesse-Rößberg-Gruppe. Über diese kam er mit Kurt Kresse, Karl Jungbluth, Georg Schwarz und Paul Fritzsche zusammen. Er war insbesondere an der Herstellung von Flugblättern beteiligt.

Als er zur Wehrmacht eingezogen wurde, behielt er als Obergefreiter der Luftwaffe Verbindung zu den Genossen in Leipzig. Dadurch auch geriet er in die Verhaftungswelle der Schumann-Engert-Kresse-Widerstandsorga-

nisation. Er wurde am 5. August 1944 verhaftet und in die Wehrmachtsanstalt Leipzig eingewiesen. Hier saß er mit weiteren Mitgliedern der Widerstandsgruppe. Warum er als einer der ganz wenigen Häftlinge aus der Wehrmacht entlassen wurde, ist unbekannt. Die nicht entlassenen Wehrmachtsangehörigen haben alle den Krieg überlebt.

Paul Küstner kam in die Untersuchungsanstalt Leipzig. Gegen ihn wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Mitgliedschaft im NKfD Leipzig ermittelt. Die Ereignisse überschlugen sich. Es kam zu keinem Prozess mehr, was die Hoffnung auf Überleben schürte. Doch die Gestapo schlug ein letztes Mal zu. Paul Küstner gehörte zu jenen 52 Häftlingen, die noch am 12. April 1945, sechs Tage vor der Befreiung Leipzigs durch die US-Armee, auf dem Truppenübungsplatz Lindenthal von der SS ermordet wurden. Sein Grab befindet sich auf dem Lindenthaler Friedhof, sein Name ist auf dem Denkmal für die Ermordeten in Lindenthal verewigt. In der DDR trug die 157. Schule an der Hans-Driesch-Straße in Leutzsch seinen Namen. Die dort über ihn gesammelten Forschungsergebnisse scheinen verloren gegangen zu sein.

• **DIETER KÜRSCHNER**



Von
**KLAUS
HUHN**

Ich habe den inzwischen nach einem Großbrand spurlos verschwundenen Saal noch genau vor Augen: Eine nicht sehr attraktive Bühne, die man nur über eine schmale Treppe erreichte, Holzwände, denen man ihr Alter ansah und viele bunte Tafeln, die an die Stars erinnerten, die einst hier aufgetreten waren: Shirley Temple – wer die nicht sogleich einzuordnen weiß: Der herausragende Hollywood-Kinderstar der dreißiger Jahre – oder Clark Gable oder Charlie Chaplin ... Es war ein trüber Morgen im Februar 1980 und auf den alten aber noch stabilen Stühlen hatten die Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees Platz genommen. Der Begrüßungsredner der Gastgeber war Cyrus Vance, Außenminister der USA, und der hielt sich nicht lange bei Vorreden auf: Er wurde so politisch wie es nie zuvor ein Begrüßungsredner in der olympischen Geschichte geworden war, denn er forderte das Komitee auf, Moskau die Sommerspiele zu entziehen. Seine „Begründung“: Die Sowjetunion habe mit dem Einmarsch in Afghanistan den olympischen Frieden verletzt und müsse mit der Streichung der Spiele bestraft werden. Notfalls könne man doch die Spiele um ein oder zwei Jahre verschieben – meinte Vance. Jeder im Saal spürte, dass dies eine Schicksalsstunde der olympischen Geschichte war. Vance endete, der Präsident des IOC, der Ire Lord Killanin, begab sich zu jener engen Treppe, um als nächster zu reden. Auf den Stufen war nicht genug Platz für beide, aber keiner schien dem anderen den Vortritt lassen zu wollen. Vance streckte immerhin die Hand zum Gruß aus, eine Geste. Killanin zwängte sich an Vance vorbei, ohne ihn mehr als körperlich wahrzunehmen. Die Hand ignorierte er. In diesem Augenblick war klar: Der IOC-Präsident hatte dem Weißen Haus den Fehdehandschuh hingeworfen. Wer da meint, ich würde übertreiben, ist leicht zu über-

zeugen: Am nächsten Morgen sollte USA-Präsident Carter die Winterspiele eröffnen. Er erschien nicht und schickte Vizepräsident Mondale. Ich sah, wie nach jener Treppenbegegnung die Programmhefte für die Eröffnung eingesammelt wurden. Über Nacht wurden neue gedruckt – ohne Carter.

Das ist 27 Jahre her. Die Sommerspiele fanden bekanntlich in Moskau statt. Die nächsten in Los Angeles, und die Sowjetunion und ihre Verbündeten revanchierten sich. Seitdem kam nie wieder jemand auf die Idee, Olympische Spiele zu boykottieren.

Vor zwei Wochen tauchte zum ersten Mal wieder die Vokabel „Boycott“ in den Medien auf. Ausgerechnet Politiker der Bundesrepublik Deutschland teilten mit,

Sportkolumne

Die „Germans“ sind wieder unterwegs

dass ein Boykott der Spiele in Peking noch nicht ins Auge gefasst sei, aber auch nicht ausgeschlossen werden könnte. Nicht etwa, weil Truppen der Bundesrepublik Deutschland zusammen auch mit solchen aus den USA derzeit in Afghanistan operieren und sich deshalb olympisch nicht betätigen möchten, sondern weil China angeblich gegen „olympische Prinzipien“ verstößt. Diesmal hielt nicht der USA-Außenminister die Rede, mit der das IOC aufgefordert wurde, zu „handeln“, sondern ein gewisser Herr Nooke, seines Zeichens Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung. Noch klarer wurde das Bild, als Michael Vesper, Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbunds und nächstes Jahr vielleicht Chef de Mission der bundesdeutschen Olympiamannschaft und der Leistungssportdirektor Schwank aus Peking zurückkehrten und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (16. August 2007) ihre Eindrücke kundtaten: „Wenn Vesper ... ‚eine Menge

Baustellen‘ erwähnt, dann meint er nicht nur jene Wettkampfstätten, an denen noch gewerkelt wird. Eine dieser Baustellen ist die Menschenrechtssituation in China, auf die Vesper, ehemaliger Spitzenpolitiker der Grünen häufig angesprochen wird. ‚Wir reagieren nicht nur auf die öffentliche Diskussion‘, versicherte er, ‚wir handeln proaktiv‘. Das DOSB-Präsidium habe schon im Mai eine Erklärung zu den Menschenrechten im Gastgeberland verabschiedet. ... Und die deutschen Athleten sollen, so Schwank, nicht ohne entsprechende politische Vorbereitung nach China reisen, um sich der besonderen Situation in dem Riesenland bewusst zu sein.“

Achtung! Das sollte zweimal gelesen werden: Der – eigentlich für die sportliche Vorbereitung der Olympiamannschaft zuständige – deutsche Leistungssportdirektor plant, was man der DDR-Sportbewegung seit 17 Jahren mindestens jede Woche einmal vorwirft, nämlich die Athleten vor jeder Olympiareise politisch geschult zu haben. In Potsdam hat ein Professor Teichler Berge von Akten aufgetürmt, um das beweisen zu wollen. So Exaktes wie die Ankündigung des Herrn Schwank, fand er bislang kaum, und wenn er es gefunden haben sollte, verband er es immer mit dem Hinweis, dass dies in der Bundesrepublik unvorstellbar gewesen wäre. Nun also nicht mehr.

Und wie man sich dieses olympische Polittrainingslager vorstellt, verriet wiederum Vesper der FAZ: „Die Öffnung des Landes für Journalisten und andere Olympiagäste bezeichnete Vesper als ‚schleichendes Gift‘, das die chinesische Gesellschaft positiv verändern werde.“

Das sollte man dreimal lesen! Die Bundesrepublik Deutschland müht sich um das „schleichende Gift“, das China verändern soll! Was dieser Vesper da ankündigte, hatte nicht einmal Cyrus Vance auszusprechen gewagt, als er dem IOC seine politischen Forderungen – umrahmt von Shirley Temple und Charlie Chaplin – vorgebracht hatte. Der wollte nur die Moskauer Spiele verlagern oder verschieben, die führenden Männer des deutschen Olympischen Sportbunds wollen gleich die Gesellschaft des olympischen Gastgeberlandes verändern! Um die vorvorige Jahrhundertwende hatten die Briten deutsche Soldaten angefordert, die helfen sollten, den chinesischen Boxeraufstand – eine nationale Bewegung – niederzuschlagen, und als es zur Schlacht kam, lautete das Kommando: „The germans to the front“ (Die Deutschen an die Front!) Ein Jahrhundert später ist kein Kommando mehr nötig: Die „Germans“ sind schon an der Front! Und zwar an der olympischen!

ES WIRD BUNT!

MEHR INHALT, MEHR FARBE,
ÜBERSICHTLICH,
VIELE FEATURES & INTERVIEWS,
REZENSIONEN, NEUES AUS OST & WEST,
ÜBER 1000 KONZERTTERMINE,
LESERSHOP MIT VIELEN TOLLEN ANGEBOTEN

Ab 23.08.07 im Handel



JETZT
NUR NOCH
2,49 €
MIT NOCH MEHR
INHALT



SERVICENUMMER 01805/917 917 (0,14 €/min.) www.melodieundrhythmus.com

BEI ANDEREN GELESEN

So ist er, der Chinese: ungehobelt. Er drängt auf den Weltmarkt, statt sich in der Reihe anzustellen, hinten, da, wo der Afrikaner steht. Erst mussten uns die Medien über seinen maßlosen Öldurst aufklären. Kaum hat er sich das schöne Petroleum in den Hals gekübelt, greift er nach unseren Milchtüten ...

Aber die Milch – er verträgt sie ja gar nicht, der Chinese. Ihm fehlt das Verdauungsenzym Lactase ... Deshalb wird dem Chinesen die

Die Milchstrategie

Milch sozusagen indoktriniert, und wie der totalitäre Unmensch so ist, wird mit den Kleinsten angefangen, die sich nicht wehren können: Premier Wen Jiabao will die Kinder zum täglichen Genuss eines halben Liters Milch zwingen. So werden unschuldige kleine Seelen zum Werkzeug gemacht, damit bei uns Joghurt, Käse, Quark, Sahne, Speiseeis und was man so alles aus Milch macht, teurer werden.

Eine teuflische Strategie wird deutlich. Erst unser Öl, dann unsere Milch. Was als Nächstes? Etwa – unser Bier? Genau! Denn weil der Chinese ja nach Öl dürstet, müssen unsere Bauern Raps statt Braugerste anbauen, um Biokraftstoff herstellen zu können. Der Rohstoff wird knapp. Um aber den ekligen Geschmack im Mund nach mit Milch vermischem Öl loszuwerden, spült der Chinese mit Bier nach und konkurriert also auf dem Weltmarkt auch noch um die Gerste.

Und aus unseren Zeitungen, aus Rundfunk- und Fernsehgeräten und Computern steigt ein Gestank auf wie aus Milliarden Rinderdärmen. Und er steigt auf und frisst ratzputz die Ozonschicht weg und gibt dem, was einmal unser Klima war, den Todesstoß. Siehe, das Ende ist nahe herbeigekommen. Und wer ist schuld? Der Chinese.

• MANFRED IDLER

aus: unsere zeit, 10. August 2007

Wanderungen durch Neufünfland

WIR HABEN INTENSIV DARÜBER NACHGEDACHT, ob wir einfach mal Fontane hinterherwandern sollten. Das brächte folgenden Vorteil mit sich: Der Dichter zog einst durchs Märkische und begegnete verständlicherweise vielen Adligen. Zu seiner Zeit war es normal, dass der Boden einem Herrn von oder zu gehörte und natürlich auch ein angemessenes Haus, das man meist Schloss nannte. Warum sich das nach 1945 änderte, muss hier niemandem erklärt werden. Nach 1990 änderte sich – auch das ist hinlänglich bekannt – wieder eini-

ges und der Brandenburger Fernsehsender hielt es für jetzt für hohe Zeit, den „Heimkehrern“ eine Serie zu widmen. So sah man sie endlich wieder, die hohen Herren – auf Namen wird im Hinblick auf mögliche Prozesse und die Kassenbilanz von LN verzichtet –, die in ihren angeblich „maroden“ Schlössern, die man als Ferien- oder gar Altersheime missbraucht hatte, angeblich wieder der Ordnung geschaffen haben und das am Fernsehen vorführten. Einige rühmten die Dorfbauern, die sich inzwischen „überzeugt“ hätten, dass sie gar keine „Junker“ waren, einige monierten

allerdings auch, dass noch immer Vorbehalte vorhanden wären, die man nicht billigen könne. Man habe zu glauben, dass sich die alte Ordnung auch als die allerneueste bewähre. In einer Schenke, in der wir unser Bier tranken und darüber disputierten, wie Fontane das wohl gesehen hätte, riet uns der Schankwirt: „Lasst sie reden, sie glauben es sogar. Wir waren die ganze Zeit hier und sind demzufolge etwas klüger.“ Wir gaben ihm recht.

DIE STADTOBEREN IM MÄRKISCHEN haben ganz andere Sorgen. Sie wollen Alko-

„Menschliches Leid kann nicht saldiert werden“

Horst Schneider aus Dresden schrieb an Frau Birthler, der der neueste „Schießbefehl“ zur Verteufelung der DDR noch fehlte. Hier ein Briefauszug:

Ein Geschichtsstudent lernte in der DDR über die Arbeit mit Quellen u.a.: Wer hat die Quelle „produziert“ (verfasst, geschrieben)? Welche Funktion übte sie aus? In welchem Zusammenhang ist sie entstanden? Welche Wirkung hatte sie? ... Fragen, die hätten gestellt werden müssen, ehe der „Schießbefehl“ gewertet wird. (Von Publizisten sind seriöse Wertungen nicht zu erwarten, sie folgen in der Regel wie Bluthunde gelegten Spuren). Arbeiten Ihres Hauses verfolgen nicht wissenschaftliche Ziele, sondern modifizieren nur den Hitlerischen Antikommunismus und nutzen ihn als Folie für die Verteufelung der DDR.

Zwar können Sie bei Willy Brandt, Roman Herzog und anderen die Verwerflichkeit solchen Tuns nachlesen, aber das Bedienen des Zeitgeistes schafft krisensichere „Jobs“ und das Gefühl der Macht, über das Schicksal von Menschen „legal“ ent-

scheiden zu dürfen. Römische Cäsaren mussten dazu noch den Daumen heben oder senken; jetzt genügt eine Pressenotiz.

Rechtsanwalt Dr. Peter-Michael Diestel hat errechnet, dass die Zahl der „Wende“-Opfer durch Selbstmord größer ist als die Zahl der „Mauertoten“. Aber vor einem „Saldieren“ der Opfer hatte Roman Herzog (am 13. 2. 1995 bei uns in Dresden) gewarnt: „Leben kann man nicht gegen Leben aufrechnen, Schmerz nicht gegen Schmerz Menschliches Leid kann nicht saldiert werden. Es muss gemeinsam überwunden werden, durch Mitleid, Besinnung und Lernen... Man hat diese Rechen-spiele zu Recht als „Ziffernsprache des Ungeheuerlichen“ bezeichnet. Diese Sprache führt uns nicht einen Schritt weiter, und sie entspricht auch nicht dem Denken der heutigen Deutschen in ihrer ganz großen Mehrheit.“

Unter moralischen und wissenschaftlichen Gesichtspunkten ist die Existenz und das folgenschwere Wirken Ihrer Behörde ein einziger Fehler.

Am 4. August fand ein antirassistisches Fußballspiel in Leipzig-Grünau nahe dem AJZ Bunte Platte mit anschließendem Konzert und Party statt. Gegen 22 Uhr trafen sich ca. 30 Nazis vor dem antira-camp Gelände auf Höhe der zwielichtigen Kneipe „Seeblick“ und pöbelten die größtenteils jüngeren camp-Teilnehmer an. Dem Kleidungsstil nach zu urteilen, handelte es sich hauptsächlich um Hoiligans und sogenannte „autonome Nationalisten“.

Polizei, obwohl den ganzen Tag patrouillierend anwesend, griff erst spät ein. Die Nazis versuchten einen „deal“ mit den Antifas auszuhandeln, getreu dem Motto „fairer“ Kampf – 20 gegen 20. Darauf ließen sich die Antifas jedoch nicht ein.

Grünauer Antirassismuscamp wehrte Nazis ab

Alternatives, antifaschistisches Jugendzentrum bedroht

Als nach recht schneller Antifamobilisierung einige Leute eingetroffen waren, verzogen sich die Nazis in die Kneipe „Seeblick“, die sie ohnehin regelmäßig aufsuchen.

Jetzt endlich wurden die Polizisten aktiv und umstellten die Kneipe, um die Nazis zurück zu drängen.

Nachdem wir gegen 2 Uhr alles abgebaut hatten, gingen wir in größeren Gruppen zur Bahn (nightliner) oder zu den Autos. Als wir an der Kneipe vorbeiliefen, riefen die Nazis Sprechchöre, worauf es beinahe

Leserfrage

Trügerische Sicherheit

Raketen-Schutzschild gefährdet Europa

W. Schmidt aus Markkleeberg schreibt: Zur Zeit wird sehr viel über das US-amerikanische Raketenabwehrsystem im Zusammenhang mit der Terrorbekämpfung geschrieben. Nun aber gesetzt den Fall, das System wäre komplett und eine atomare Angreiferrakete würde wie geplant „abgefangen“, was passiert dabei? „Abfangen“ klingt so harmlos ...

Und das ist es wirklich nicht. Nach den Vorstellungen des Pentagon soll der geplante Schutzschild nicht nur die USA selbst, sondern auch ihre europäischen Verbündeten gegen mögliche Raketenangriffe des Iran oder anderer „Schurkenstaaten“ wirksam schützen. Dazu will man zehn Abwehrraketen in Polen und ein Radarsystem in Tschechien stationieren. Abgesehen davon, dass das System bisher nur unter idealen Versuchsbedingungen funktioniert und nach Meinung von Experten nicht vor 2015 einsatzfähig ist, ergibt sich natürlich die Frage, welche Folgen ein Abschuss für die in diesem Bereich lebenden Menschen hat.

Eine kurze Darstellung der Wirkungsweise dieses Systems, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, soll die möglichen Folgen erläutern.

Der Gefechtskopf der Abfangrakete, der keinen Sprengstoff enthält, soll durch mechanischen Aufprall den Zündmechanismus der angreifenden Rakete auslösen; deren Gefechtskopf würde dann in einer Höhe von etwa 40 km detonieren. Die Zündung einer thermonuklearen Ladung in dieser Höhe hätte durchaus noch Wirkung auf die betroffene Region. Selbst wenn die prompte Strahlung und auch die Druckwelle hier nur stark geschwächt ankommen, ist mit radioaktivem fall-ott sowie mit einem starken Elektromagnetischen Impuls (EMP) zu rechnen, der einen großen Teil der elektronischen Kommunikations- und Steuerungssysteme zerstört.

Sollte der Sprengsatz nicht zünden, besteht die Gefahr, dass er sich unkontrolliert weiter bewegt, eventuell auch steil nach unten, und am Boden detoniert. Die Folgen wären verheerend.

Doch auch bei anderen Gefechtsköpfen mit chemischen oder biologischen Massenvernichtungsmitteln bestehen ähnliche potentielle Gefährdungen. Diese Gefährdung musste kürzlich sogar der Chef der US-amerikanischen Raketenabwehr, Henry Obering, einräumen.

• HELMUT ULRICH

doch noch zu einer Eskalation gekommen wäre.

[HTTP://DE.INDYMEDIA.ORG](http://de.indymedia.org)

Am Nachmittag des 9. August sammelten sich ca. 20 Nazis im Allee-Center und verteilten Flyer zum Thema „Milchpreiserhöhung“! Als einzige Lösung schlugen sie den „Nationalen Sozialismus“ und damit eine „Neugestaltung des Landes“ vor. Neben diesem Phrasengedresche schmissen die Nazis gleichzeitig jede Menge schmale Flyer durch das Allee-Center! Auf diesen „Spruchbändern“ standen weitere Forderungen, wie „AJZ schließen“; „AJZ heißt Gewalt“ oder „Gegen roten Terror“. Wenn das keine Drohung gegen das Alternative Jugendzentrum ist!

AJZ BUNTE PLATTE

Von Junkern und Zonen

holverbotszonen einrichten und so für mehr Ordnung sorgen. Überall klagt man, dass sich Jugendliche täglich an bestimmten Orten treffen und dort die Bierflaschen öffnen. In Frankfurt (Oder) versammeln sie sich ausgerechnet am Marx-Denkmal und frönen dem Alkohol, was die hohen Herren nicht wegen der dort sich mit zunehmendem Alkoholgenuß ausbreitenden Unruhe. Nun sollen also „Zonen“ geschaffen werden, in denen die Prohibition gilt. Es gäbe noch die Möglichkeit, den Jugendlichen einen Arbeitsplatz zu beschaffen, aber darauf kam wohl noch niemand.

UND UM NICHT IN VERDACHT ZU GERATEN, nur Missliebigen von unserer Wan-

der tour mitzubringen, noch eine „gute Nachricht“: Die Brücke über den Jagowkanal, der den märkischen Tietzow-See mit dem märkischen Schlabbornsee verbindet, wird vorerst nicht erneuert. Zwar wird diese Brücke bei Zechlinerhütte dringend gebraucht, aber beim Projektieren ist man darauf gestoßen, dass der Neubau die seltene Windschnecke vertreiben könnte. Und das soll nicht riskiert werden. Das will natürlich gründlich bedacht werden, mindestens so gründlich wie die Frage der Alkoholverbotszonen. Übrigens: In Zechlinerhütte ist wiederum kein Bedarf an solcher Zone. Von den 424 Einwohnern sind nämlich 128 Rentner.

• KLAUS HUHNN

Rosa Luxemburg

fl : 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Freitag, 31. August, 19 Uhr, Dresden
Podiumsdiskussion zum Weltfriedenstag 2007
Auslandsinsätze deutscher Soldaten – Weltweite Interventionen statt Landesverteidigung? Mit Oberst Manfred Molitor, Kommandeur des Landeskommandos Sachsen, und Paul Schäfer, MdB, verdingungs- und abrüstungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Moderation: Prof. Dr. Wilfried Schreiber. In Zusammenarbeit mit: Sächsische Friedensinitiative, Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V., IPPNW Ärzte in sozialer Verantwortung, AG Offene Kirchen in Sachsen, AG Frieden Dresden, Dresdner Friedensaktion, Gemeinschaft für Menschenrechte in Sachsen, u. a. Informationen und Anmeldung: Tel. 0351-459 1273

dreikönigskirche, Haus der Kirche, Hauptstr. 23
Sonnabend, 1. September, 10 Uhr, Chemnitz
Vortrag und Diskussion: **Die Gefahren der Weiterverbreitung von Kernwaffen.** Mit Oberst a. D. Dr. Friedrich Sayatz. In Zusammenarbeit mit Rotfuchs e. V.

Rothaus e. V., Lohstr. 2
Sonnabend, 1. September, 11–19 Uhr, Chemnitz
Weltfriedenstag in Chemnitz – Friedensmeile.
Carolastraße

Mittwoch, 5. September, 19 Uhr, Dresden
Buchvorstellung und Gespräch: **Dresdner Gedenkorte für die Opfer des NS-Regimes.** Mit den Autoren Karin Jeschke und Dr. Herbert Goldhammer, Dresden. In Zusammenarbeit mit HATIKVA e. V., jüdischer Geschichts- und Kulturverein in Sachsen sowie VVN-BdA Sachsen. Buchbestellungen: 0351-4901903
WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 6. September, 18 Uhr, Leipzig
Vortrag und Diskussion: **Der 6-Tage-Krieg Israels gegen die arabischen Nachbarn vor 40 Jahren in seinen Auswirkungen bis heute.** Mit Prof. Dr. Sarkis Latschinian, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Die Veranstaltungen sind öffentlich.

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstraftrecht bedroht sind.
Sprechstunden: jeden vierten Mittwoch, 16–17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig.

Zum

85. Geburtstag

am 23. August
gratulieren wir
unserer Genossin
Vera Jahn
herzlichst
und wünschen Gesundheit
und Wohlergehen.

DIE LINKE BO Löbzig III

**Aufruf der Bürgerinitiative
Stoppt den Ausverkauf
unserer Stadt!**

Ca. 25.000 Unterschriften sind für ein Bürgerbegehren nötig, um einen Bürgerentscheid für den Erhalt der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand einzuleiten. Mit diesem könnten die Bewohner Leipzigs selbst entscheiden, ob sie Anteile der Stadtwerke und weiterer Unternehmen der kommunalen Daseinsvorsorge verkaufen wollen. Der Stadtrat wäre an ein solches Bürgervotum gebunden. Eine kurzfristige Entschuldung durch den Verkauf gewinnbringender kommunaler Unternehmen ist kein Konzept zur nachhaltigen Lösung der Haushaltsprobleme Leipzigs. Der Verkauf dieser Unternehmen gefährdet die Daseinsvorsorge unserer Stadt im Ganzen.

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im September neu bei uns:

Rüdiger Liedtke: **Wem gehört die Republik? Ausgabe 2007**
Eichborn, 24,90 Euro

Markus Reiter: **Die Phrasendrescher. Wie unsere Eliten uns sprachlich verblöden.** Gütersloher Verlagshaus, 12,95 Euro

Gunnar Hinck: **Eliten in Ostdeutschland. Warum den Managern der Aufbruch nicht gelingt.** Eichborn, 16,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.
Wir liefern in Leipzig frei Haus!

In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

fl 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

**WELTFRIEDENSTAG 1. September 2007
Leipzig setzt ein Zeichen für den Frieden**

Aktionskreis gegen Rechts, Friedenszentrum Leipzig e. V., Leipzig Courage zeigen e. V., Parteien, Vereine und Initiativen laden herzlich dazu ein

9.30 Uhr	Ostfriedhof	Gedenken der Opfer der NS-Militärjustiz
10 Uhr	Volkshaus	Eröffnung der Ausstellung 1000 Frauen für den Frieden
11–13 Uhr	Burgplatz	Zeichen für den Frieden Programm und Infostände sowie viele Gruppen und Mitwirkende mit Bekenntnissen zum Frieden; u. a. Kinderchor der Oper Leipzig, Start der Fahrradtour Kampagne gegen Landminen , Lange-Leine Texte und Bilder gegen Gewalt, Umtausch von Kriegsspielzeug in Friedensspielzeug, Frühstück mit Leipziger Tafel e. V.
14 Uhr	Anker Knopstr. 1	Sportlich-gesellschaftliches Festival „IN FRIEDEN SPIELEN“
19.30 Uhr	Neues Rathaus Festsaal	Friedensklänge Konzert und Lesung mit Leipziger MusikerInnen und LyrikerInnen

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter



**SPENDEN an:
Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig,**

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima
Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

**ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR.
des Werbers* bzw. Geschenkgebers***

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro

- Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probeabo** (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Jochen Singer

Ganz gewöhnlicher Verkehr

Wie immer stehen wir irgendwie im politischen Verkehr – und im Stau: Dann kommen die Nachrichten zum XX-ten Male vom Band, weil eine Nachrichtenlüge besser in den Neuronen ansetzt, wenn sie ständig wiederholt wird. Auf dem rechten Standstreifen steht das Auto der NPD und wartet schon Stunden auf seinen Schlepper, dicker schwarzer Qualm steigt aus der Motorhaube seines Mercedes und unter dem Lack zeigt sich schon das Braune des Rostes. Geradezu verbissen stiert der Fahrer der CSU-Limousine mit seinem Staatssekretär nach vorne, obwohl die Ampel noch eine ganze Weile Rot zeigt. Nur nicht nach rechts schauen, knurrt der Herr mit der weißen Fliege auf dem Rücksitz, sonst denken die noch, wir wollen was von denen.



Sein Fahrerkollege, der eine gewisse dunkelblonde weibliche Person von der Schwesterpartei fährt, winkt ihm von links zu. Wieder keine freie Fahrt murmelt sie, den Schäuble sollte ich mir doch mal vornöpfeln. Noch weiter links rollt forsch eine rampionierte Karre ran und etwas heiser kreischen die Bremsen, Münte sieht ärgerlich auf seinen nach SPD-Zeit, also etliche Jahrzehnte zu spät gestellten Chronometer und murmelt wütend: Immer diese Verzögerungen. Er sieht zu seinem Fahrer und ermahnt ihn, nicht zu vergessen, links zu blinken. Der bekommt schon wieder Angstschweiß auf der Stirn, weil er trotzdem scharf rechts einbiegen soll. Ängstlich erwartet er Weisung, ob er die CDU-Limousine wieder vorbeilassen oder ordentlich Gas geben soll, um die Rechtsüberholung einzuleiten. Ein Crash würde schließlich negativ auf den Steuerzahler wirken. Gemächlich rollt der Trabant der Linken an die Kreuzung. Das Auto ist geschmückt mit der Losung „Reichtum für alle“. Der etwas eingeklemmte Lenker sieht, dass das Auto der SPD den linken Blinker gesetzt hat und lässt eine Lücke vorne bis zur Standlinie, damit sich die SPD einordnen kann. Münte grinst gemein in die nach außen verspiegelten Scheiben, und wundert sich über die linke Höflichkeit, die er nun wirklich nicht verdient hat. Alle zusammen klopfen sie nervös auf die Armlehne, das Lenkrad und den schwarzen Koffer auf dem Schoß. Als dann noch der vormalige Umweltmini-

ster anradelt, geht ganz links am Straßenrand das rote Blitzlicht an. Er fragt den Typen mit den Narben im Gesicht, der den Blitzler bedient, warum er geblitzt worden sei? Bei der Antwort, er sei den Linken zu dicht aufgefahren, platzt ihm der Kragen und er holt schnell einen Eurosuperkat-auspuffstutzen aus dem Rucksack, den er heimlich dem Trabantauspuff ansteckt. Der Motor verbraucht zwar jetzt die doppelte Treibstoffmenge, aber die Treibhausabgase werden geviertelt, freut sich Trittin diebisch.

Dann geht erst einmal die Fußgängerampel an. Etliche Übergewichtige, etwas abgerissene Gestalten, wechseln die Seite von links nach rechts. Die essen ja viel zu viel, murmelt Münte und überlegt, ob man nicht doch noch einen Risikoab(zu)schlag in das ALG II einbauen könnte. Warum soll man einen Bluthochdruck und Schlaganfallgefährdeten durchfüttern? Zudem fragt er sich, warum diese Leute nicht im Bioladen die kalorienreduzierten Waren einkaufen, statt im Supermarkt das fette gewürzlose Wurstzeug mit den ekligen Geschmacksverstärkern darin.

Endlich Gelb. Die Motoren erhöhen ihre Drehzahl und Müntes Fahrer legt einen sauberen Blitzstart hin. Angela sieht ihren Partner durch die Scheibe im Staub und denkt, na wunderbar, dann können wir ja heute den totalen Sozialentzug beschließen. Der Trabantfahrer murmelt was von Dussel über seinen rechten Nachbarn und wundert sich, wo der linke Rauch geblieben ist. Der Fahrradfahrer tritt seinen Biodieselhilfsmotor an, um mit dem Giftgestank seines Abgases auf die Umweltvergiftung aufmerksam zu machen.

Leipzigs entfloherener OB, nunmehr zum Verkehrsminister hochgespült, dünstelt gerade an einer marktüberrennenden Tunnelentlüftung, weil das Tunnelprojekt in Leipzig zum Himmel stinkt, während sein Dienstmercedes mit laufendem Motor auf ihn wartet. Als es Abend ist, leuchtet Gabriels Ministerkarosse so strahlend wie sein dickes Konterfei. Was geht es ihn an, wo morgen oder übermorgen der Strom herkommt. Die Marktwirtschaft wird's schon richten.

Auch wir sind das Volk

Leipzig wird immer schöner. Wir gehen nur nicht mehr hin. Wie viele andere auch. Die trifft man dann in der Peripherie oder noch ein bisschen weiter weg. Auf Bänken am Waldrand oder in diversen Ausflugsgaststätten. So wie in der agrar. Da sitzen wir nun also bei unserer Rentnerportion Schweinshaxe und erholen uns vom Arztbesuch im Leipziger Zentrum. Die Pfaffendorfer Straße war von der Blechbüchse an dicht. Nix ging mehr. Nach 50 Minuten stop and go kurz vorm Zoo zeigt sich die Quelle des Schlamassels. Am verkehrsberuhigten, also städteplanerisch klug verengten Abschnitt vorm Zooparkhaus herrscht Ferien-Chaos. Alle wol-

len rein, aber raus fährt keiner. Und die Seitenstraßen sind Baustellen ... und Mausens mit dem Arzttermin, ach herrjemine .. Stunden später reagieren wir uns also in der agrar-Gaststätte ab, und die Leute am Tisch stimmen unisono ein: Es ist ein Krampf mit dieser Stadt, ein-, zweimal im Jahr – und wir sind wieder für lange Zeit bedient. Die Frau: Das ist nicht mehr mein Leipzig. Ich fühl mich fremd. Diese Keksdosen, all diese billige Architektur. Dann das Bilder-

museum, und bald dieses Bischofspalais statt einer Uni ... Der Mann fällt ihr ins Wort: Neulich hätten sie einem Wessi geklagt über das, was aus Leipzig geworden sei. Der habe kühl geantwortet: Warum haben Sie dann Ihre DDR hergegeben? Ja, warum? Wir schauen uns alle vier an. Frau Maus entfährt es trotzig: Ich habe sie nicht weggelascht. Die Tischnachbarin spontan: Wir auch nicht. Nein! Wir bestimmt nicht. Was trifft sich doch für komisches Volk in den Kneipen.

IHRE MILIANE MAUS

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Die Deutschen, raunt es in der Dritten Welt, seien so extrem bupulent geworden, dass in der Bundesrepublik beim besten Willen kein Platz mehr für Asylbewerber ist. Ernst Röhl, ND 7. 8. 2007

Die Arbeiter verlassen in Scharen die polnischen Werften. Sie gehen vor allem nach England und Norwegen. Dort verdienen sie das Vierfache wie in Polen. Die Gdansk Werft will Arbeitskräfte in China werben. DLF 7. 8. 2007

Der DGB hatte 1992 12 Millionen Mitglieder. 2007 sind es noch 6,5 Millionen. DLF 8. 8. 2007

In der BRD sind 20 000 Heilpraktiker gemeldet. Das deutsche Heilpraktikerrecht stammt aus dem Jahre 1939. Heilpraktiker kann jeder werden. Es gibt keine Handhabe, den Beruf zu verbieten. Krankenakten führen ist nicht Pflicht. In Österreich gilt die Arbeit von Heilpraktikern als Kurpfuscherei. ARD 9.8.2007

Der DEFA-Film „Ohne Kampf kein Sieg“ wurde erst nach der Wende zensiert und beschnitten. Der 5. Teil wurde kommentarlos unterschlagen. In diesem Teil wird geschildert, dass Brauchitsch aus der BRD geflohen ist, weil er wegen haarsträubender Delikte angeklagt war, ... seine damalige Frau sich aus Verzweiflung das Leben nahm und er in Handschellen zum Begräbnis seiner Mutter geführt wurde. Die Anklage gegen Manfred von Brauchitsch lautete auf Hochverrat wegen seiner Tätigkeit im Komitee für Einheit und Freiheit im deutschen Sport. Rudi Kurz, DDR-Drehbuchautor und Regisseur, LVZ 11./12. 8. 2007

Wenn heute argumentiert wird, wir müssen in Afghanistan bleiben, damit dort die Mädchen in die Schule gehen können, dann hätten doch die Russen gleich bleiben können. Da konnten die Mädchen in die Schule gehen. DLF 13. 8. 2007
• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

Ergonomische Bürostühle mit ERGO - TOP
JETZT Probesitzen: 0371 - 401 95 57
Auch preiswerte Sitz-Steh-Arbeitsplätze

Begrifflichkeiten

Hand:
unterster Teil des Armes, wird vom Menschen benötigt, um Recht zu schreiben. Die untersten Teile seiner Beine benutzt er, um darauf zu treten.

Manipulation:
die Kunst, aus einer Mücke einen Elefanten zu machen, der sie gestochen hat.

Dementi:
reflexartiges Verhalten eines Politikers, der zurück tritt, bevor er zurücktritt.

• REINHARD LOCHNER

Leipzigs
NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,

Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig,
Tel./Fax Redaktion: 0341/21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
20. August 2007
Die nächste Ausgabe erscheint am
8. September 2007

Spendenkonto
für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der
Sparkasse Leipzig,
BLZ: 860 555 92,
Konto: 11 50 11 48 40